

Links gegrätscht!

*Reformpolitische Texte
zum sozial-ökologischen
Progressivismus
der Gegenwart*

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	6
<i>Keine Furcht vor dem Demokratischen Sozialismus!</i>	13
<i>Die Opposition profitiert – DIE LINKE resigniert?</i>	27
<i>Neues Selbstvertrauen!</i>	38
<i>Es muss Tacheles gesprochen werden!</i>	44
<i>Pazifismus ist sozialistische Staatsräson!</i>	48
<i>Das Schweigen der linken Lämmer?!</i>	55

<i>Sind Alkohol und Tabak nicht schon genug?</i>	60
<i>Wenn Journalisten die Steinreichen verteidigen...</i>	64
<i>Auf die Moralkeule, fertig, los!</i>	72
<i>Sternchen sehen...</i>	78
<i>Wie gefährlich kann direkte Demokratie werden?</i>	86
<i>Offene Herzen ohne offene Grenzen?</i>	97
<i>Nachwort</i>	106
<i>Literatur- und Quellenangaben</i>	110
<i>Bibliografische Angaben</i>	112

Vorwort

Liebe Leser,

„Politisch links zu sein, das ist nicht schwer –
tradiert und frei dagegen umso mehr“.

In Anlehnung an das bekannte Sprichwort
will ich Sie herzlich willkommen heißen zur
Lektüre meines Taschenbuchs, unter dessen
Titel Sie sich anfangs möglicherweise gar
nicht so viel vorstellen konnten.

Daher einige Worte voraus:

Zum Zeitpunkt der Drucklegung (Juni 2021)
bin ich Mitglied in der Partei DIE LINKE.
Abseits meiner ehrenamtlichen Tätigkeit als
Sozialberater des linken Kreisverbands
Konstanz habe ich derzeit keinerlei Ämter
innerhalb der politischen Vereinigung inne.

Und trotzdem – oder auch gerade deswegen
– bin ich ein kritischer Geist, der sich in die
tagesaktuelle Politik und Grundsatzfragen
der Partei einmischt und sie pointiert,
zugespitzt und manches Mal anmaßend
reflektiert.

Ich stimme mit einigen mir bekannten Genossen in der Einschätzung überein, dass der Zustand von DIE LINKE momentan nicht gut ist. Die öffentlichkeitswirksame Debatte wird von innerparteilichen Querelen gekennzeichnet.

Namhafte Mitglieder und Funktionsträger stehen im Rampenlicht, weil sie sich zweifelnd darüber geäußert haben, ob die Partei für die Außenwahrnehmung die richtigen Schwerpunkte setzt. Und nicht zuletzt bleibt DIE LINKE offenbar noch immer eine zweigeteilte Partei – mit einem partiell durchaus fundamental denkenden Flügel im Westen der Republik und den eher realpolitisch eingestellten Vertretern in Ostdeutschland.

Wenngleich ich am Bodensee wohne, würde ich mich unbestritten zu den Pragmatikern in der LINKEN zählen. Daher fällt es mir schwer, im Zweifel die sozialistische Idee über die Vernunft zu stellen. Denn mir ist ein reformpolitisches Vorankommen wichtig, wozu auch die Übernahme von Verantwortung gehört – beispielsweise eben auch in einer Regierung.

Nachdem viele Positionen der LINKEN aber weiterhin unvereinbar mit den Überzeugungen anderer Parteien zu sein scheinen, dürften Koalitionen sogar perspektivisch schwierig sein – insbesondere auch deshalb, weil mehrere Strömungen innerhalb unserer Reihen gar keine Machtoption anstreben, sondern sich in der Oppositionsrolle sichtlich wohlfühlen.

Entsprechend sind die Vorhaltungen von Beobachtern verständlich, die der LINKEN vorwerfen, sie drücke sich davor, ihre Philosophie des Demokratischen Sozialismus der Alltagspraxis auszusetzen.

Mit meinen gesammelten Texten ist es mir ein Anliegen, diejenigen aus dem Schaukelstuhl abzuholen, die mit einer gewissen Selbstherrlichkeit bloße Zuschauer des politischen Geschehens in Deutschland bleiben möchten.

Ja, ich bin aufgrund meiner markanten Sätze von vereinzelt Parteigenossen und Vorständen schief bäugt worden. Denn ich bin ehrlich und gestehe: In mir schlägt auch ein wertkonservatives Herz!

Das passt nicht zusammen? Ich denke durchaus, dass man sich gerade gesellschaftspolitisch, außenpolitisch und identitätspolitisch uneins darüber sein kann, was denn nun „sozialistisch“ überhaupt bedeutet. Für mich gehört die Weltanschauung untrennbar mit Humanismus und Freiheit zusammen – wobei gerade „Gerechtigkeit“ oder „Verhältnismäßigkeit“ einer unterschiedlichen Definition unterstellt werden können.

Wer Sozialismus und Progressivismus gleichsetzt, vertritt eine zulässig emanzipatorische Position, welche allerdings nicht alternativlos sein muss. Eine sich im Zeitgeist wandelnde und der Gegenwart anpassende Ideologie ist in vielerlei Hinsicht sinnhaft und richtig.

Gleichsam verwahre ich mich dagegen, von selbsternannten Hütern sozialistischen Gedankenguts als „rückwärtsgewandt“ bezeichnet zu werden – weil ich in ihren Augen an bewährten Traditionen festhalte und nicht alles, was möglich ist, auch als notwendig ansehe.

Ich bin in DIE LINKE eingetreten, weil sie jene politische Kraft ist, die in wesentlichen Bereichen meine Überzeugungen trifft. Insbesondere gilt dies für die Sozial-, Wirtschafts- und Innenpolitik.

Und natürlich kann es keine Partei geben, mit deren Programmatik wir eine hundertprozentige Übereinstimmung teilen. Dass man in einzelnen Aspekten um die besseren Antworten ringt, hat nichts damit zu tun, die gemeinsamen Grundsätze in Frage zu stellen. Vielmehr lebt die Demokratie gerade auch in politischen Verbänden von einem Meinungsstreit, welcher hart ausgefochten werden kann, aber den Respekt vor der Würde und den Überzeugungen des Gegenübers niemals verlieren sollte.

Insofern hoffe ich, dass mein Buch in diesem Sinne betrachtet und von Genossen und Politikinteressierten aufgefasst wird. Zweifelsohne habe ich nicht vor, mich für meine Standpunkte zu rechtfertigen. Dennoch bin ich natürlich für den Austausch unterschiedlicher Lösungsansätze unserer Probleme empfänglich.

Deshalb lade ich Sie vielfach ein, mit mir das Gespräch zu suchen. Ich erhebe keinen Anspruch darauf, dass meine geäußerten Zeilen in diesem Buch mit der Mehrheitsauffassung in der LINKEN übereinstimmen. Stattdessen äußere ich mich als einzelnes Mitglied, das sich das Recht herausnimmt, grundgesetzliche Meinungsfreiheit auch als gebundener Parteiglieder praktizieren zu dürfen.

Und so freue ich mich auf den fairen Diskurs mit Ihnen und hoffe, dass meine Gedanken Ihr Weltbild zumindest kurzfristig durcheinanderwirbeln.

Melden Sie sich einfach per Mail bei mir:
Riehle@Riehle-Dennis.de!

Viel Freude bei der Lektüre und
herzliche Grüße!

Konstanz, im Juni 2021
Dennis Riehle

Keine Furcht vor dem Demokratischen Sozialismus!

Als Linker hat man es nicht immer so leicht. Das weiß ich aus eigener Erfahrung. Und nein, das soll nun kein Plädoyer zum Mitleid werden, sondern ein Versuch zur Richtigstellung mancher Vorurteile, denen Anhänger der Linkspartei bis heute regelmäßig ausgesetzt werden.

Als ein typisches Beispiel sei hierfür die Verweigerungshaltung mehrerer politischer Kräfte aus meiner Heimatregion zu nennen, die sich im Landtagswahlkampf vor allem deshalb gegen die Unterzeichnung einer Erklärung gegen die rechtslastigen Auswüchse mancher AfD-Politiker entschieden haben, weil der Aufruf dazu vom Spitzenkandidaten der LINKEN kam.

Immer wieder fällt mir auf, wie Anhänger von CDU bis FDP die „extremen Ränder“ im Parteiensystem ansprechen. Und sie meinen dabei wahrlich nicht nur die „Alternative für Deutschland“, deren Politik jeder Demokrat kritisieren darf und muss.

Nahezu im gleichen Atemzug nennen Abgeordnete aus Regierung und Opposition auch die Linksfraktion, die sie damit – bewusst oder unbedacht – auf eine Stufe mit rechtskonservativen und rechtsnationalen Haltungen der AfD stellen. Eine solche Gleichsetzung von diametralen Gegensätzen kann nur auf einem fehlenden Verständnis für die Konzepte und Wurzeln der linken Bewegung in Deutschland durch die bürgerliche Mitte fußen.

Wo die Union Birnen und Äpfel vergleicht...

Ich erinnere mich beispielsweise an die Debatte um die Auflösung der sogenannten „Stasi-Unterlagenbehörde“, die im vergangenen Jahr im Deutschen Bundestag geführt wurde. Hier hat besonders die Union wieder einmal deutlich gemacht, dass die ihr zugehörigen Parteien nicht nur Äpfel mit Birnen vergleichen, sondern offenbar ganz gezielt darauf aus sind, die Philosophie, Normen und Ziele linker Politik missverstehen und das Geschichtsverständnis linker Abgeordneter verzerren zu wollen.

Die getätigten Aussagen lassen sich wohl am besten in dem Standpunkt „Es gibt keinen guten Sozialismus“ zusammenfassen, den ich von einem der Mandatare von der CDU hörte. Mit dieser Feststellung machen es sich die Redner aus der Koalition ziemlich einfach. Pauschale Werturteile über die Gesinnung Andersdenkender sind populistischer Wahlkampf, mit dem es sich vielleicht gut von anderen Parteien abgrenzen lässt. Eine Auseinandersetzung mit deren Überlegungen und Ideen sind sie allerdings nicht. Das beunruhigt mich ein wenig, zeigt es doch gewisse Defizite im demokratischen und parlamentarischen Grundverständnis, sich ernsthaft auch mit Forderungen einer Nicht-Regierungspartei zu beschäftigen.

Als Mitglied von DIE LINKE treffe ich bei konservativ eingestellten Freunden häufig auf die Vorhaltung, wir strebten einen Sozialismus à la DDR, Chinas oder Süd- und Mittelamerikas an. Zweifelsohne zähle ich mich zum pragmatischen Flügel meiner Partei, aber nicht nur der Großteil dessen Mitglieder, sondern eine übergroße Mehrheit aller unserer Mitstreiter hängt

weder den Diktaturen nach, die im Namen des Sozialismus zum Tod von Millionen Menschen, zu Unterdrückung und Gewalt und zu sinnloser Vereinheitlichung führten, noch wollen wir in Deutschland einen gesellschaftlichen Umsturz erreichen. Wir vertreten ganz eindeutig die Weltanschauung eines demokratischen Sozialismus, den übrigens auch die SPD und deren Jugendorganisation immer wieder thematisch aufgreifen. Seine Sinnhaftigkeit funktioniert nicht ohne Freiheit, denn wir möchten auch weiterhin sicherstellen, dass sich jeder Bürger in Deutschland nach seinen eigenen Wünschen entwickeln kann.

Allerdings setzen wir bestimmte Rahmenbedingungen, um Auswüchse zu verhindern. Wir wollen eben nicht, dass in Deutschland immer mehr Millionäre und Milliardäre einer wachsenden Zahl von armen Menschen gegenüberstehen. Unser Ziel ist es eindeutig, statt auf Chancengerechtigkeit allein einen viel intensiveren Fokus auf Ergebnisgerechtigkeit zu setzen. Denn wir berücksichtigen vor allem auch, dass nicht nur die Startbedingungen jedes Individuums

verschieden sind, sondern das Leben viele unerwartete Hürden, Schicksale und Veränderungen bringt, in denen wir nicht ausschließlich auf die Selbstregulierung des Einzelnen setzen können, sondern ein Fangnetz bedürfen, das auf die persönlichen Umstände jeder Lebensgeschichte reagiert. Dafür benötigt es zweifelsohne mehr Staat, denn die Entfesselung der freien Wirtschaft hat deutlich gemacht, dass wir auf den Wettbewerb nicht vertrauen können.

Schließlich ist auch die soziale Marktwirtschaft nicht in der Lage, die notwendigen Zügel anzulegen, um Exzesse zu verhindern. Wir müssen zu einem Verständnis von Gemeinwohl zurückkehren, das Besitztümer fair verteilt – und dadurch gewährleistet, dass Pluralität unsere Ökonomie bestimmt.

Die Warnung vor einem sozialistischen Umsturz ist schlichte Angstmacherei!

Dass ein solches Umdenken vonnöten ist, beweist nicht nur die aktuelle Corona-Pandemie, in der uns die Auswirkungen eines zunehmend privatisierten

Gesundheitssystem einholen. Überall dort, wo wir hoheitliche Aufgaben in die Hände selbstständiger Unternehmer legen, wird die menschliche Würde zu einem monetären Spielball der finanziellen Kräfte, die im spekulativen Denken von einigen marktradikalen Großkonzernen nach meiner Ansicht viel zu wenig unter der Kontrolle von Bürgern und Politik stehen. Wir wollen ein sozialliberales Agieren im besten Sinne, von dem sich die liberale Partei im Bundestag seit langem verabschiedet hat.

Letztlich gibt es weder Sicherheit noch Prosperität ohne Freiheit, auch soziale Sicherheit ist ohne persönliche Entfaltung nicht denkbar. Der sozialistische Gedanke fordert uns jedoch heraus, statt unseres eigenen Wohls ein verfassungskonformes Existieren der Gesamtgesellschaft in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu stellen. Deshalb ist es nötig, dass wir extreme Unterschiede in der Lebensqualität von Menschen nicht hinnehmen. Wir brauchen Beschränkungen überall dort, wo der Reichtum Weniger die Schwachheit Vieler verschärft.

Dafür sind Eingriffe nötig, weshalb ich klar zu Forderungen wie einem Grundeinkommen als sanktionsloser Mindestsicherung, einer Vermögensabgabe und einer stärkeren Umverteilung der steuerlichen Lasten stehe.

Denn es darf nicht sein, dass Partizipation vor allem denjenigen zusteht, die lobbyfähig sind. Ein Staatswesen, das gerecht sein soll, muss Teilhabemöglichkeiten für alle schaffen. Daher befürworte ich einen milden Ausbau unserer parlamentarischen Demokratie. Plebiszite können in vereinzelt Fragen notwendig sein, um auch denen eine Stimme zu geben, die sich keine Termine im Vorzimmer der Minister besorgen können.

Aus meiner Perspektive ist es nämlich unzureichend, alle vier Jahre ein Kreuz auf den Wahlzettel zu setzen. Wir brauchen Mitspracherechte überall dort, wo moderierte Bürgerbeteiligung schadlos wirken kann. Bürger sollten insbesondere vor Ort über Komplexe entscheiden dürfen, die für die kommunale Gemeinschaft von herausragender Bedeutung sind – und mit unserem Grundgesetz vereinbar bleiben.

Würden Kritiker unsere politischen Angebote mit Respekt betrachten, würde ihnen klarwerden, dass niemand von uns die Demokratie abschaffen will. Im Gegenteil: Unser Anliegen ist es, die freiheitlich-demokratische Grundordnung weiterzuentwickeln, indem wir sie vom kapitalistischen Höhenflug auf solidarischen Grund erden wollen.

Zweifelsohne: Wir möchten mehr Gleichheit, aber keine Gleichmacherei. In meiner Überzeugung stehen wir vor einer sozial-ökologischen Wende, in der wir versuchen wollen, allen Menschen unter nachhaltigen Bedingungen ein würdevolles Dasein zu garantieren, statt sie ständig zu gängeln und ihnen ein Gefühl von Abhängigkeit zu geben.

Das beste Mittel hierfür sind Arbeitsplätze, die Zukunft haben. Der Klimawandel, der „Demografische Wandel“ und der Lebenswandel einer divers gestalteten Gesellschaft fordern uns in den nächsten Jahrzehnten heraus. Gleichzeitig öffnen sie Türen für Neues und werden viele Arbeitslose in finanzielle Absicherung bringen. Das Anpacken von Modellen, die

gerade im Moment aufkommen, ist unsere Verantwortung des 21. Jahrhunderts: Vom „Home-Office“ über naturschonende Mobilität bis hin zu ressourcensparendem Bauen gibt es viele Beispiele, wie Jobs geschaffen werden können – und wodurch Wohlstand für eine wachsende Zahl an Menschen möglich sein wird.

Denn schlussendlich geht es um die Harmonisierung der Gesellschaftsschichten. Individualität bedeutet nämlich nicht, sich nach Belieben zu verwirklichen – und allein durch die Konkurrenz des Nächsten in der eigenen Sehnsucht nach Erfolg und Größe begrenzt zu werden. Viel eher haben wir alle in unserem Staat einen entsprechenden Platz, der uns so viel Raum zur persönlichen Lebensplanung gibt, dass auch jeder Andere noch genügend Güter zur Verfügung hat, um sich und seine Träume umzusetzen.

Liberalität ist für uns eben kein Anrecht auf Egoismus, sondern die verantwortungsvolle Aufgabe eines Jeden, im Miteinander eines Volkes den eigenen Willen zu erfüllen, ohne dabei auf die Ansprüche und Güter des Nachbarn zurückzugreifen.

Ich bin mir sicher, dass der demokratische Sozialismus nicht nur das ehrlichste Weltbild zeichnet, sondern Konzepte verbindet, welche den menschlichen Narzissmus zurück in seine Schranken verweisen.

Der Vorwurf, Planwirtschaft schaffe Unfriede, ist sicher richtig. Doch ein zügelloser Marktkapitalismus bringt Elend und Leid. Unsere Aufgabe ist es, das Dazwischen zu fördern.

Linke Forderungen sind nur bedingt verhandelbar!

Ständig höre ich davon, DIE LINKE sei nichts Anderes als die Nachfolgepartei der SED. Schon allein im historischen Sinne will ich hinter diese Behauptung ein gewisses Fragezeichen stellen. Vor allem aber ist DIE LINKE eine neue Partei, die sich aus einem westdeutschen und ostdeutschen Teil zu einer gesamtdeutschen politischen Kraft etabliert hat. Die Aufarbeitung ihrer Vergangenheit haben wir wie kaum eine andere Gruppierung mit Vehemenz vorangetrieben.

Als politisches Angebot sind wir besonders, weil wir Alleinstellungsmerkmale verfolgen, welche uns aus Sicht vieler Angehöriger ihrer Partei zumindest auf Bundesebene als „nicht regierungsfähig“ erscheinen lassen. Schlussendlich gehört es aber zu unserer DNA, beispielsweise keine bewaffneten Auslandseinsätze der Bundeswehr befürworten zu können. Wir leben Pazifismus in Striktheit.

Und auch wenn in Wahljahren in unseren Reihen immer wieder die Frage aufkommt, ob wir angesichts der Option zum Machtwechsel von bestimmten Positionen abrücken würden, bin ich froh über die Klarheit, mit der DIE LINKE für ihre Prinzipien einsteht. Wenngleich ich generell unterstützen würde, dass wir manche Vehemenz in unserer Thematik auch kritisch hinterfragen – wie die uneingeschränkte Fürsprache gegenüber Russland und den realsozialistischen Machthabern Lateinamerikas –, bleibe ich dabei: Eine Partei ist nicht deshalb aus der Zeit gefallen, weil sie die Zugehörigkeit zum NATO-Bündnis in Disposition stellt.

Auch mir ist bewusst: Für Koalitionen braucht es Kompromissbereitschaft. Wir können aber in Belangen, zu denen wir uns über Jahrzehnte aus tiefster Seele heraus eine Meinung gebildet haben, nicht einfach über unseren Schatten springen, um zu beweisen, dass wir es mit der Bereitschaft zur Regierungsverantwortung ernstmeinen. Ob CDU, CSU oder FDP: Sie wissen selbst, dass Politik ein Geben und Nehmen ist – und dass das Land vor das eigene Parteiprogramm gestellt werden sollte.

Gleichzeitig hilft es jedoch niemandem, wenn wir gerade in Punkten, für die uns die Wähler ihr Vertrauen aussprechen, zu übermäßiger Flexibilität bereit sind.

Denn im Gegensatz zu manch anderen Kräften im Land wird DIE LINKE ihre Versprechen an die Menschen nicht verraten – und im Zweifel auf die Gelegenheit verzichten, in eine wie auch immer aussehende Zusammenarbeit nach dem nächsten Urnengang einzusteigen, wenn das Klüngeln um politische Forderungen unseren Markenkern in Frage stellt.

Selbstverständlich ist all das nur meine persönliche Meinung als einzelnes Glied der LINKEN. Dennoch vertraue ich darauf, dass unsere Partei auch künftig ihre unterschiedlichen Flügel in der gemeinsamen Position vereinigt, wonach wir das größtmögliche Maß von Humanismus als Garanten eines perspektivischen Zusammenlebens in der Neuzeit anstreben.

Zweifelsfrei kann ich nichts daran ändern, wenn uns politische Gegner auch weiterhin als Rückständige oder Ewiggestrige betrachten. Meine Vision von einem modernen Staatswesen, das ich hier skizziert habe, betrachte ich als lösungsorientiert für viele Ungleichgewichte in unserem eigenen Land – und in der Welt darüber hinaus.

Dafür braucht es keinen Sturz des heutigen Systems, sondern die Weisheit zu einer Weichenstellung dort, wo wir unsere Verfassung den gegenwärtigen Herausforderungen anpassen sollten – ohne dabei ihren unumstößlichen Tenor von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu tangieren.

Ich spreche mich für die unveränderlichen Grundwerte unserer Nation aus, die ich als Geschenk betrachte. Und weil sie mir so wichtig sind, sehe ich es als meine Aufgabe eines politisch denkenden Menschen an, Verkrustungen aufzubrechen und Irrwege zu korrigieren – was jedoch nichts daran ändern wird, dass mein Herz für die Demokratie schlägt und ich jederzeit dazu bereit bin, mich zu ihren Idealen zu bekennen.

Ich wünsche mir, dass wir uns als ihr Verteidiger auf die Gemeinsamkeiten konzentrieren, die wir teilen – und unsere Kräfte stärker als bisher dafür nutzen, ihre tatsächlichen Gegner mit den legitimen Mitteln der politischen Auseinandersetzung zu konfrontieren.

Denn nur dadurch kann es uns gelingen, die Erfolge von Verfassungsleugnern zurückzudrängen. Ich bin gespannt, ob die politischen Mitbewerber dazu bereit sein werden...

Die Opposition profitiert – DIE LINKE resigniert?

Krisenzeiten sind oftmals Augenblicke der prozentualen Hochkonjunktur für Oppositionsparteien – zumindest in den demoskopischen Erhebungen. Lange Zeit schien es so, als ob die Bundesregierung für ihr Management in der Corona-Pandemie große Zustimmung aus der Bevölkerung ernten könnte. Doch nicht allein Markus Söder verspürt aktuell eine „Wechselstimmung“.

Nicht nur, dass die Unterstützung für die Arbeit der gesamten Koalition schwindet. Auch die tragende Kraft im Regierungsbündnis muss federn lassen, CDU/CSU sind in unterschiedlichen Umfragen nur noch zwischen drei und vier Prozent vor den „Grünen“. Gleichzeitig, so erwartet man es bei Gegenwind für Christ- und Sozialdemokraten, steigen die Werte für die FDP und die AfD an. Doch obwohl das Virus mittlerweile ganz offen sichtbar nicht nur der Wirtschaft im Gesamten schadet, sondern auch bei den Menschen im Portemonnaie zu zunehmender Leere führt,

kann gerade jene politische Kraft nicht vom Misstrauen in die Regierung profitieren, die noch bei den letzten Nachwahlbefragungen zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg überproportional viel Rückhalt für ihre sozialen Kompetenzen durch die Wähler erhielt: DIE LINKE sinkt in den Meinungserhebungen weiter ab – und droht nun sogar auf Bundesebene im Nirvana zu verschwinden.

„Parteien sind zum Regieren da“

Zweifelsfrei: Auch der digitale Parteitag, der das neue Führungsduo an die Spitze wählte, konnte nicht unbedingt dazu beitragen, ein geschlossenes Bild der LINKEN zu zeichnen. Prinzipiell ist das auch nicht schlimm, denn Meinungsvielfalt adelt eine politische Kraft in demokratischen Systemen, denn sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur politischen Willensbildung des Einzelnen – in ihren eigenen Reihen und darüber hinaus. Wenn es allerdings um zentrale Fragen geht, so wünscht sich der Wähler Klarheit. Bis heute konnte man sich bei den LINKEN nicht eindeutig dazu bekennen, für eine generelle Regierungsbeteiligung auf Bundesebene

bereit zu sein. Schon im „Ländle“ hatte man sich im Wahlkampf zurückgehalten und eher damit geworben, die Opposition im Landtag anzustreben. Für Regierungsverantwortung scheint man in beträchtlichen Teilen der Partei noch immer nicht startklar, begnügt sich mit der Aussicht, erneut von der Seitenlinie am politischen Geschehen teilzuhaben.

Doch nicht nur mangelndes Selbstbewusstsein ist für die Zurückhaltung ursächlich. In manchen Flügeln herrscht Angst davor, sich bei einer grün-rot-roten Koalition auf massive Kompromisse einlassen zu müssen – und dabei von Positionen abzurücken, die die Identität der Partei ausmachen. Deshalb kann ich es gut verstehen, wenn man bei der LINKEN eher auf die Wahrung der Ideale abzielt, anstatt manche Überzeugung von Bord zu werfen. Ich bin durchaus ein Anhänger der Devise: „Regieren: ja – aber nicht um jeden Preis“.

Trotzdem scheint mir in der zunehmenden Interessenlosigkeit der Bürger gegenüber der Linkspartei ein recht strukturelles Problem zu stecken: Wer nicht fähig dazu ist,

seine Konzepte im Zweifel auch auf Herz und Nieren überprüfen zu lassen, der läuft Gefahr, eine immerwährende Randerscheinung zu bleiben.

Und letztlich fehlt es der LINKEN an Regierungserfahrung im Bund, die notwendig wäre, um realsozialistische Überlegungen auf deren Zustimmung im Volk zu testen.

Die Frage muss gestattet sein, ob sich eine politische Kraft im demokratischen Wettbewerb auf den Standpunkt zurückziehen kann, ihre Utopien nicht loslassen zu wollen – und damit als Partner für Koalitionsregierungen praktisch ausscheidet. Gemäß Verfassung und Parteiengesetz sollte jede Gruppierung prinzipiell dafür offen sein, sich am Gestaltungsprozess zu beteiligen.

Und ich gebe auch denjenigen recht, die darauf verweisen, dass die Verantwortung für das Land weit über den parteieigenen Interessen stehen muss. Deshalb scheint mir eine dauerhafte Verweigerung zu politischem Agieren überaus fragwürdig:

Selbstverständlich darf und kann eine Partei für sich entscheiden, welche Grenzen zu überschreiten sie bereit ist. Manche politische Kraft in Deutschland greift im Zweifel eher nach der Macht – und ordnet die eigenen Ziele der Verlockung nach dem Kanzlersessel unter. Andere wiederum sind sich nicht zu schade, um in den entscheidenden Momenten festzuhalten, dass es besser sei, „nicht zu regieren, als falsch zu regieren“.

„Traumtanz“ und „Kopflastigkeit“

Letztlich kann sich eine Partei aus meiner festen Überzeugung nicht dauerhaft ins Wolkenkuckucksheim zurückziehen. Auch illusionäre Vorstellungen über die Welt müssen irgendwann auf ihren Realitätsbezug abgeklopft werden. Damit ist keinesfalls gemeint, dass wir unsere Richtschnur abgeben. Doch wir müssen uns aus meiner Sicht entscheiden: Möchten wir uns den visionären Illusionen einer früheren EKD-Ratsvorsitzenden hingeben, die wohl gerne Stillhalteabkommen mit islamischen Radikalen abgeschlossen hätte – oder sind wir bereit, in einem Regierungsbündnis

dafür zu sorgen, dass Deutschland seine militärischen Kräfte aus Kriegsgebieten zurückzieht und sie in UN-Friedensmissionen sinnstiftend einbringt? Es hat ein wenig den Charakter von Selbstaufgabe, wenn wir uns demütig durch andere Parteien attestieren lassen, nicht regierungsfähig zu sein.

Mein Ziel im politischen Tun war es seit jeher, Kompromisse nicht auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zu suchen, sondern Schnittmengen beim größten gemeinsamen Teiler zu finden. DIE LINKE muss sich entscheiden, ob sie eine Glaubensgemeinschaft bleiben möchte, in der die Hoffnung auf das wohl Unerreichbare als Mantra vor sich hergetragen wird – oder ob man sich aufrafft, um möglichst viel von der eigenen Vision im Hier und Jetzt umsetzen zu können. Wir sollten unsere Zuversicht auf irdischen Frieden mit der Wirklichkeit abgleichen, denn ich möchte nicht auf das Jenseits warten, bis die Menschheit von Waffen befreit ist. Damit dieser heute aussichtslos erscheinende Zustand dennoch in Zukunft überhaupt erst erreicht werden kann, braucht es Etappen der Realisierung.

Deswegen empfehle ich meiner Partei, im Blick auf das derzeit weit weg liegende Luftschloss nicht in Trance zu verharren, denn ich glaube auch nicht an die Wiederkehr des Messias – irgendwann.

Wagen wir erste pazifistische Schritte, indem wir unsere Maximalforderungen nicht vergessen, aber mit Mindestwartungen Regierungsverantwortung übernehmen – und damit zeigen, dass wir Politik schätzen und dazu fähig sind, mit machbaren wie rationalen Plänen aktiv an ihr zu partizipieren. Denn solange wir in großen Teilen der Bevölkerung lediglich den Eindruck erwecken, nur Traumtänzer zu sein, bleiben wir belanglos.

Ein weiterer Aspekt scheint mir die zunehmende „Verkopfung“ in der Partei: Dass wir eine streitlustige Kraft sind, das macht uns aus. Doch in mir macht sich die Auffassung breit, als diskutierten wir zusehends theoretisch über die richtige Auslegung der sozialistischen Ideologie, der viele Sympathisanten nicht folgen können – und auch nicht folgen wollen.

Schlussendlich ist die Debatte um Kriegseinsätze der Bundeswehr zwingend erforderlich, da sie unsere Parteiseele berührt. Wenn wir aber vernachlässigen, dem „Hartz IV“-Empfänger vor Ort ein politisches Angebot zu machen, weil wir mit innerparteilichen Auseinandersetzungen beschäftigt sind, dann dürfen wir uns nicht darüber wundern, dass gerade in den vergangenen Jahren ein ganz erheblicher Teil der linken Stammwählerschaft weggebrochen ist.

Auch „Bündnis 90/Die Grünen“ kommen aus ähnlichen Gründen an das Limit der Wählerzustimmung. Die dort geführten Diskussionen über den Klimawandel gleichen mittlerweile einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung von Meteorologen, Simulationsexperten und Katastrophenforschern. Den normalen Bürger an seiner Haustür abzuholen, das scheinen nicht wenige Parteien verlernt zu haben. Denn auch ich tue mir schwer mit komplexen Abhandlungen, aus denen sich schlussendlich keine unmittelbare Konsequenz für mich ableitet.

Ich möchte von einer politischen Kraft, der ich mein Vertrauen schenke, möglichst niederschwellig mitgerissen werden – und dafür ist es nötig, dass sich Parteien zu den Alltagsproblemen herabbeugen, mit denen wir uns jeden Tag in der Praxis herumschlagen müssen. Und die Zeiten könnten kaum besser sein: Während sich die Union mit einer Maskenaffäre herumschlagen musste und die Liberalen in einem ersten Entwurf ihres Wahlprogramms dazu aufriefen, das Sozialbudget des Bundes künftig auf 50 Prozent des Gesamthaushaltes begrenzen zu wollen, könnte es für unsere Partei nicht leichter sein, beim enttäuschten Wahlbürger um Vertrauen zu werben.

„Wieder mal im Dreck wühlen“

Für DIE LINKE bedeutet das ganz grundsätzlich: Wir müssen herunter vom hohen Ross der weltanschaulichen Kabbelei und sollten den demokratischen Sozialismus mit Leben füllen. Es wirkt ein Stück weit elitär, wenn wir uns mit Nischenfragen befassen. Natürlich spielt es für unser Grundverständnis der Partei eine

wesentliche Rolle, ob unsere Soldaten auch künftig am Hindukusch unsere Sicherheit verteidigen sollen. Und es wird den Bundeswehrangehörigen sicher auch nicht gerecht, wenn wir sie im tagespolitischen Diskurs vergessen würden. Doch mich plagt es, wenn mir eine zweifache Mutter erzählt, dass sie mit den geringen Sozialleistungen kaum überleben kann – und von einer LINKEN-Wählerin zu einer AfD-Befürworterin geworden ist. Denn sie sagt: Die Linkspartei habe den Kontakt zu ihrem Klientel verloren.

Selbstredend müssen wir darüber sprechen, ob wir die Abtreibungsgesetze abschaffen sollten oder unsere Sprache im 21. Jahrhundert diversitätssensibel gestalten möchten. Doch wäre Frauen nicht viel mehr damit geholfen, wenn wir uns viel stärker für gleichen Lohn, eine Vorstandsquote und familienvereinbare Berufsbilder einsetzen würden? Viele Menschen vermissen eine Eigenschaft der LINKEN, die sie über lange Zeit als ihr Alleinstellungsmerkmal bezeichnen konnte: Bürgernähe. Wir haben denjenigen zugehört, die politisch keine Stimme hatten.

Heute fühlen sich nicht wenige Arme und sozial Schwache von uns verlassen – und vielleicht müssen wir wieder einmal im Dreck wühlen, um zu wissen, wie es sich anfühlt, wenn Mitbürger ganz unten angekommen sind und unsere Hilfe brauchen.

Neues Selbstvertrauen!

DIE LINKE hat den Einzug in den baden-württembergischen Landtag auch dieses Mal verpasst. Wenngleich selbst die Umfragen prognostizierten, dass es erneut für das Erreichen der Fünf-Prozent-Hürde nicht ausreichen würde, standen die Vorzeichen beim jetzigen Urnengang nicht allzu schlecht. Immerhin hatten einige Demoskopen eine Zustimmungsrate von vier Prozent gesehen, was ein Überspringen der Klausel zumindest für möglich erschienen ließ.

Auch die Wahlanalysen machen deutlich: Die Themen, aufgrund derer die Menschen DIE LINKE am Wahlsonntag in Baden-Württemberg unterstützt haben, sind zwar aufgrund der Corona-Pandemie im Augenblick nicht in aller Munde. Dennoch stehen sie auf der Tagesordnung für die neue Legislaturperiode. In der Befragung der potenziellen LINKEN-Wähler wird der Partei eine große Kompetenz in Sozialfragen, bei der Integration und Migration sowie in der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum nachgesagt.

Man mag es auf die Notwendigkeit zum Online-Wahlkampf schieben, dass wir die Bürger mit diesen Schwerpunkten linker Politik derzeit nicht erreichen können.

Gleichwohl sehe ich andere Ursachen dafür, dass es auch beim Urnengang 2021 nicht für Mandate im Stuttgarter Parlament reichte.

Symbolhaft für die Probleme der Partei steht aus meiner Sicht eine überaus irritierende Aussendung der LINKEN-Bundesgeschäftsstelle, die zwei Tage vor der Abstimmung versandt wurde.

Mit der Überschrift „Jetzt gilt’s: Für eine echte Opposition im Landtag“ warb man dort dafür, besonders im persönlichen Bekanntenkreis auf den letzten Metern für linke Stimmen einzutreten.

Ob nun bewusst oder unbewusst – diese Wortwahl rief die immerwährende Diskussion innerhalb der LINKEN zutage, die uns nicht erst seit dem vergangenen Parteitag befasst: Warum sind wir nicht selbstbewusst genug, um unser Ziel höher zu stecken?

Wenngleich eine Koalition unter einem grünen Ministerpräsidenten wie Winfried Kretschmann überaus unwahrscheinlich ist, sollten wir uns nicht ständig mit der Oppositionsbank zufriedengeben.

Wir LINKE sind auch in Baden-Württemberg regierungsfähig! Ich weiß darum, dass diese Gretchenfrage Ost und West voneinander teilt, Flügel spaltet und Genossen entzweit. Trotzdem können wir uns nicht dauerhaft vor Verantwortung drücken.

Es ist aus meiner Sicht eine Verpflichtung und ein Ziel jeder demokratischen Partei, sich zum Mitregieren bereitzuerklären.

Selbstredend lässt es sich von der Seitenlinie leichter kritisieren, doch um ernstgenommen zu werden, bedarf es der Bereitschaft zum Regierungshandeln.

Was soll der Wähler von uns erwarten, wenn wir uns dauernd mit der Oppositionsrolle begnügen? Gerade auf Landesebene scheint die Möglichkeit zu thematischen Kompromissen größer als im Bund.

Und betrachtet man die Wählerbefragungen, so trauen uns die Menschen zu, in unseren Kernbereichen für Veränderung zu sorgen. Diesem Anspruch werden wir aber nicht gerecht, wenn wir uns kleinmachen und stets nur in zweiter Reihe mitspielen wollen. Wir müssen das Tabu zu aktiver Mitgestaltung brechen und sollten es nicht wie eine ewige Monstranz vor uns hertragen. Wozu Denkverbote führen, hat nicht zuletzt die SPD aktuell wieder deutlich gemacht – und auch unsere Partei ist in Gefahr, denselben Fehler zu begehen:

Wenn die Diskussion um die richtige Schreibweise von „Genoss:innen“ unsere politische Identität stärker auszeichnet als klare Antworten auf die wirklichen Probleme der Zeit, dann dürfen wir uns nicht über fehlende Prozente wundern.

Gleichberechtigung wird nicht auf dem Papier lebendig, sondern durch handfeste Positionen für mehr Teilhabe von Frauen und Minderheiten. Als Mitglied der LINKEN wünsche ich mir, dass wir weniger Aufmerksamkeit für theoretische Debatten über unsere Ausrichtung verschwenden,

sondern den Menschen in einem neoliberal geprägten Land eine wirkliche Alternative für deren Lebensalltag anbieten. Unser Bekenntnis zu einem sozial-ökologischen Wandel muss mit wirklichkeitsnahen Konzepten für einen gerechteren Lebensstandard in Deutschland verbunden werden.

Es genügt nicht, nach einem demokratischen Sozialismus zu rufen – der Wunsch nach Veränderung muss mit authentischen, krisenfesten und belastbaren Antworten für die Schwächsten unterfüttert werden.

Im Übrigen zeigt die Stimmenverteilung auch, dass DIE LINKE in der Peripherie, die sie bislang vielleicht nicht als allerstes Wahlkampfgebiet im Auge hatte, durchaus Erfolge erzielen kann.

Ich plädiere daher dafür, künftig über den bisherigen Tellerrand zu denken und uns für weitere Klientel zu öffnen – denn in einem Staat, in dem selbst große Teile der Mittelschicht nicht mehr von ihrem Einkommen existieren können, erweitert sich unsere Zielgruppe ungemein.

Wir haben fünf Jahre Zeit, um den Fokus der Menschen von unseren parteieigenen Auseinandersetzungen wegzulenken – und sie von unseren Stärken zu überzeugen.

Es muss Tacheles gesprochen werden!

Bislang galt Ostdeutschland als eine sichere Bastion für DIE LINKE. Nachdem in den westdeutschen Bundesländern bei den vergangenen Wahlen teils deutliche Verluste für die Linkspartei zu verzeichnen waren, hat der Abwärtstrend nun auch die Genossen in Sachsen-Anhalt mit in die Tiefe gerissen.

Es ist unbestritten: DIE LINKE ist der große Wahlverlierer – und kann sich nun nicht länger mit Ausreden aus der Verantwortung ziehen. Denn die am Wahlabend von den Spitzenpolitikern der Partei flugs hervorgeholten Beweggründe für den Absturz sind nichts mehr als ein Feigenblatt:

Bereits die Wahltagsanalyse hatte deutlich gemacht, dass weder die Pandemie, noch der Einsatz gegen das Erstarken der „Alternative für Deutschland“ die ausschlaggebenden Ursachen für den massiven Verlust waren.

Dass DIE LINKE aus der Ansprache der Menschen vor Ort lebt – und aufgrund von „Corona“ diesen Kontakt zur Wählerbasis in

Zeiten der Kontaktbeschränkungen nicht ausleben konnte, ist ebenso unbedeutend wie der Versuch, die Schuld für das linke Desaster in der medialen Fokussierung des Wahlkampfes auf die Spitzenkandidaten von CDU und AfD zu suchen.

Die demoskopischen Erhebungen haben eindeutig festgestellt, dass es DIE LINKE zum wiederholten Male nicht mehr geschafft hat, ihre Stammwählerschaft an sich zu binden.

Vernichtend geringe Werte bei der Frage, ob die Partei weiterhin die führende Kraft für die soziale Gerechtigkeit sei, machen das Debakel deutlich.

Dass man diese Fähigkeit der SPD nicht mehr zutraut, liegt an lange zurückliegenden Fehlern aus der „Agenda 2010“. Doch bei der LINKEN sind die wesentlichen Motive für den Vertrauensverlust durch die Wähler vor allem in den kurzfristigen Problemen zu suchen: Eine abgehobene Debatte über die Identitätspolitik gehört ebenso wie ein theoretisches Ideologisieren über die eigene Weltanschauung dazu.

Die Verkopftheit der Diskussionen macht sich daran anschaulich, dass viele Menschen überhaupt nicht verstehen, was sich hinter einem „Lifestyle-Linken“ verbergen soll. Sie interessiert vor allem, wie sie über die nächsten Monate hinwegkommen, weil das Virus ihnen zusätzliche Ausgaben beschert hat, die nicht im „Hartz IV“-Regelsatz Berücksichtigung finden. Sie fragen sich, wie sie die angekündigten Steigerungen der CO2-Bepreisung stemmen sollen und woher die Rente kommen wird, wenn nach über 40 Jahren Beitragszahlungen noch immer der Gang zum Amt nötig ist.

Oder sie sehnen sich nach einem finanziellen Lastenausgleich, einer Umverteilung der Steuerlast, um nicht zuletzt die in der Cvoid-19-Krise zutage getretenen Mängel am Gesundheitswesen zu reparieren. Und schlussendlich ist vor allem das äußere Erscheinungsbild der LINKEN in den vergangenen Monaten verheerend: Im Saarland wird ein Machtkampf auf offener Bühne ausgetragen, Sahra Wagenknecht kapert die Talkshows mit ihrem umstrittenen Buch für sich – und nicht zuletzt konnten die Genossen den

innerparteilichen Streit über Pragmatismus, Reformbereitschaft und Regierungsbeteiligung kaum vor der Öffentlichkeit verbergen. Es ist an der Zeit, dass Tacheles gesprochen wird – und die Misere des zunehmenden Abdriftens der Linken in die Bedeutungslosigkeit im Wesentlichen als selbstverschuldet benannt wird.

Pazifismus ist sozialistische Staatsräson!

Als einzelnes Mitglied in der Partei DIE LINKE möchte ich es mir im Gegensatz zu unserem Bundestagsabgeordneten und Friedensaktivisten Tobias Pflüger nicht anmaßen, eindeutig darüber zu befinden, ob in unseren Reihen eine Mehrheit der Genossen auch weiterhin den uneingeschränkten Weg der Ablehnung jeglicher Auslandseinsätze der Bundeswehr, der Zurückweisung einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik und der Verurteilung einer deutlichen Anpassung der Verteidigungsausgaben gegenüber dem Militärbündnis NATO verfolgt.

Auf dem digitalen Parteitag Ende Februar 2021 setzte sich in der Abstimmung um den stellvertretenden Parteivorsitz zwar einerseits das Lager um den verteidigungspolitischen Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag gegenüber dessen „Widersacher“ Höhn durch. Und auch die neue Frau an der Spitze der Partei, Janine Wissler, fährt einen dezidiert linksorientierten Kurs – und gewann damit deutlich mehr Stimmen als

die dem pragmatischen Lager zuzurechnende Co-Vorsitzende Hennig-Wellsow. Gleichwohl wurde in den unterschiedlichen Reden der Delegierten, aber vor allem auch in Interviews mit bekannten Parteimitgliedern deutlich, dass nicht wenige Linke für die Übernahme von Regierungsverantwortung eintreten – und damit zu Kompromissen bereit wären.

Ich möchte festhalten: Ich wäre kein Mitglied in der „Deutschen Friedensgesellschaft“, würde ich den pazifistischen Grundgedanken, der sich im Erfurter Programm der LINKEN eindeutig äußert, nicht umfassend teilen. Gleichwohl zähle ich mich zu den reformpolitischen Vertretern in der Partei, denen die Mitgestaltung am politischen Prozess in Deutschland am Herzen liegt – allerdings, und das sage ich sehr deutlich, nicht für alles um der Welt. Wir dürfen unsere Seele nicht verkaufen, auch wenn die Verlockung auf eine Machtopion noch so groß sein mag. Es wäre nicht nur ein Verrat an unserer sozialistischen Philosophie, wenn wir die Utopie des globalen Friedens als ein langfristiges Ziel nicht im Gedächtnis

behalten würden. Vielmehr verlören wir in der Parteienlandschaft ein Alleinstellungsmerkmal und würden überzeugten Antimilitaristen keine Heimat mehr bieten können. Es braucht zwingend eine wirkliche Alternative abseits von rechtspopulistischem und fremdenfeindlichem Denken, die eine Garantie dafür abgibt, sich als einzige demokratische Kraft ohne Wenn und Aber gegen Kriege und Gewalt einzusetzen.

Trotzdem scheint es mir unumgänglich, dass wir in der Partei den Diskurs darüber führen, ob wir maßvolle Schritte gehen wollen, um unsere Positionen mit den unabänderlichen Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts in Einklang zu bringen. Dabei dürfen wir unsere Vision von einer waffenfreien Welt nicht außer Acht lassen. Und trotzdem müssen wir den Tatsachen ins Auge blicken: Es ist aus meiner Sicht unsere ethische Verantwortung, den Frieden zu verteidigen.

Deshalb halte ich es unter gewissen Umständen für geboten, unsere Soldaten an deeskalierenden Missionen unter klarem UN-Mandat zu beteiligen.

Wir sind in der Pflicht gegenüber den bedrohten Menschen auf unserem Planeten, sie vor Unterdrückung, Folter und Mord zu beschützen.

Um diesem moralischen Anspruch gerecht werden zu können, werden wir darüber debattieren müssen, in welchem Rahmen das Entsenden von deutschen Soldaten vernünftig und im Sinne der Herstellung von Frieden vertretbar sein kann.

Denn das Dilemma unserer Tage ist die traurige Erkenntnis, dass wir zumindest auf absehbare Zeit die Bomben, Minen und Gewehre nicht aus der Welt schaffen können.

Das ist allerdings keine Rechtfertigung dafür, sich aus angeblicher Verteidigung unserer Wirtschaftsinteressen am Hindukusch Kampfeinsätzen anzuschließen.

Nein, die Forderungen von manchem Realisten in der Linkspartei, der sich quasi vom Friedensgedanken verabschiedet, geht auch mir viel zu weit. Sie sind Ausdruck einer Unterwerfung vor Grünen und SPD.

Deutschland macht sich durch seine Rüstungsexportpolitik an millionenfachem Schicksal von Zivilisten mitschuldig. Es gibt in der aktuellen Dekade keinerlei Grund dafür, eine Verteidigungsarmee aufzublähen – denn es fehlt an jeglicher Bedrohung. Deutschland muss sich aus der Geiselhaft des transatlantischen Bündnisses befreien und zu eigenständiger Souveränität zurückkehren.

Wir brauchen Partner in aller Welt, aber keine Verbündeten, die uns vorschreiben, welcher Anteil unseres Bruttoinlandsproduktes für die gemeinsame Kriegsallianz investiert werden muss. Keine Frage: Auch wir müssen unsere Sicherheit bewahren und um unsere Freiheit ringen. Dabei kann es aber keine Lösung sein, uns als „Weltpolizei“ aufzuspielen und reaktionistisch in allen Krisenherden des Globus einzugreifen.

Stattdessen stünde uns die explizite Würdigung der Diplomatie als wichtigstes Mittel zur Konfliktbewältigung gut zu Gesichte, welche ich beispielsweise bei Höhn schmerzlich vermisse.

In diesem Geist sollten wir uns als Teil der EU gerade im Hinblick auf unsere düstere Geschichte darauf konzentrieren, das Potenzial von Kriegen und Waffengewalt durch eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit zu senken. Geben wir unser Geld für die Beseitigung von sozialen, wirtschaftlichen und religiösen Spannungen aus und verkleinern wir die Bundeswehr auf ein Maß herunter, das mit dem Gedanken einer friedenssichernden und Nothilfe leistenden Minimalarmee vereinbar ist.

Es braucht kein Schwadronieren über eine europäische Eingreiftruppe, deren Name bereits irreführend ist. Zweifelsohne sind wir ein Player im internationalen Miteinander. Doch was hindert uns daran, dem Ideal der weltweiten Abrüstung nachzueifern?

Selbstredend bedarf es im Augenblick zumindest der Überlegung, wie sich Deutschland im Gefüge der Mächte positionieren kann, ohne sich der Glaubwürdigkeit für Frieden in der Weltgemeinschaft zu entziehen.

Aber wäre es nicht ein historisches Zeichen, wenn wir als einstiger und größter Kriegstreiber der Menschheit den Traum von Versöhnung als Teil unserer Staatsräson festschreiben würden? Begreifen wir die innerparteiliche Diskussion als sinnstiftenden Beitrag zu einer gelingenden Argumentation zwischeneinander, aber auch für eine authentische Außendarstellung.

Das Schweigen der linken Lämmer?!

In China häufen sich die Berichte über Drangsalierungen der Uiguren und unhaltbare Zustände in sogenannten „Berufsschulen“, hinter denen sich Umerziehungslager für Jugendliche verbergen sollen. In Russland werden unzählige Menschenrechtsaktivisten in Straflagern gequält – und nicht zuletzt beförderte Moskau eine Eskalation der Gewalt an der Grenze zur Ukraine. Und in Kuba wurden Homosexuelle während Fidels Machtherrschaft gewaltsam eingesperrt und erleiden bis heute Diskriminierung durch Polizei und Behörden.

Die Politik in Deutschland äußert sich nur bedingt zu all diesen Vorkommnissen. Und besonders ruhig ist es um DIE LINKE.

Im Parlament geht die – berechtigte – Schelte an den USA durch linke Abgeordnete weiter, während Kritik an sowjetischen und sozialistischen Bruderstaaten ausbleibt oder deren völkerrechtswidriges Handeln sogar relativiert wird.

Ich gehe mit meiner Partei insofern konform, dass eine ausschließliche Ausrichtung Deutschlands auf die Westachse nicht zielführend ist, zumal auch Amerika bei Einhaltung der Todesstrafe, steigenden Militärausgaben und seiner Abschottung gegenüber Flüchtlingen nicht zum Verbündeten taugt.

Allerdings empfinde ich die Verharmlosung und Anbiederung an Länder, in denen Despoten regieren oder die Menschen weiterhin diktatorische Unterdrückung erleiden müssen, als wesentlich schlimmer. Ja, diese diametral gegensätzliche Politik zur Haltung anderer demokratischer Parteien in Deutschland könnte DIE LINKE die Regierungsbeteiligung kosten. Viele Mitglieder lassen es gezielt darauf ankommen und verteidigen ideologische Überreste aus der Vergangenheit, auch wenn sie noch so falsch sein mögen. Zweifelsohne: Auch ich bin für eine kritische Hinterfragung der deutschen NATO-Zugehörigkeit, die unverblümete Romantik gegenüber den Vereinigten Staaten und die ausschließlich gen Atlantik ausgerichteten Beziehungen der Bundesregierung.

Doch mir wäre es deutlich lieber, würde DIE LINKE einen Kurs der Neutralität fahren. Nein, das bedeutet nicht, die Fehlentwicklungen der deutschen Außenpolitik unbeachtet zu lassen.

Stattdessen wünsche ich mir Ausgewogenheit in der Bewertung und Verurteilung von all jenem Verhalten, das wir auch klar als menschenrechtsverletzend bezeichnen müssen – ganz unabhängig, in welchem Land es begangen wird.

Schlussendlich sind es nämlich nicht zwei Paar unterschiedliche Schuhe, ob man Bürger in einem sozialistischen oder kapitalistischen Staat gängelt und quält. Gerade als LINKE, die wir die Verantwortung für das Unrecht in der DDR kritisch aufgearbeitet haben, müssen wir uns für eine universelle und uneingeschränkte Gültigkeit der Menschenwürde einsetzen.

Ob es nun die Inhaftierung von mutmaßlichen Terroristen im US-Gefangenenlager ist, in dem seit Jahrzehnten Verdächtige einsitzen, ohne einen einigermaßen rechtsstaatlichen und

fairen Prozess zu erhalten – oder das Einsperren von Putin-Gegnern in russischen Straflagern, in denen keine angemessene Arztbehandlung erlaubt ist und Insassen nicht nur seelisch verwundet werden:

Wir sind als Solidaritätspartei zum Kampf für Gerechtigkeit mit allen Verlassenen verpflichtet – vollkommen egal, von wem sie gepeinigt werden. Dementsprechend muss unser Aufschrei auch aktuell laut werden, denn die derzeitigen Meldungen über die offenbare Entwürdigung von kubanischen LGBT-Anhängern in der Vergangenheit, ausgeführt von den Castros, erfordern eine Antwort von uns LINKEN. Schwule und Lesben wurden wohl über Jahre oder gar Jahrzehnte auf der mittelamerikanischen Insel in Internierungslager gesteckt – und sind gesellschaftlich bis heute geächtet.

Es darf nicht sein, dass wir schon wieder schweigen – nur deshalb, weil wir uns weltanschaulich verbunden fühlen. Ich Sorge mich darum, dass wir auf den Anwurf anderer Parlamentsparteien nicht adäquat reagieren können, wenn man uns unterstellt, aus dem gescheiterten und

verachtenswerten System des totalitären Sozialismus nichts gelernt zu haben. Wir wollen einen demokratisierten Sozialismus, also sind wir auch zur Missbilligung von allen undemokratischen Staatswesen angehalten, die zwangsläufig mit einer Unterdrückung jeglicher Menschenrechte einhergehen. Wir müssen uns ehrlich machen, was unsere außenpolitische Zielsetzung angeht. Wir sind es den Opfern von Gewalt schuldig, die im Namen des Realsozialismus begangen wurde.

Sind Alkohol und Tabak nicht schon genug?

Nicht erst seit Veröffentlichung des diesjährigen Drogenberichts der Bundesregierung fordert DIE LINKE eine „180 Grad-Wende“ in der Drogenpolitik. Aktuell wünscht sie sich die Legalisierung von Cannabis – und verweist darauf, dass die 1581 Drogentoten in Deutschland vergangenes Jahr Resultat jahrzehntelanger Verbotspolitik seien.

Ja, meine Partei hat gute Gründe für diese Argumentation, dennoch will ich ihr widersprechen. Zweifelsfrei: Bei der Debatte um die Freigabe zumindest „weicher“ Drogen prallen zwei Grundrechte aufeinander. Das Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen, das auch die Freiheit gewährt, über den Konsum von Rauschmitteln eigenständig entscheiden zu können – aber eben auch eine Fürsorgepflicht des Staates, um das Individuum vor missbräuchlicher Einnahme von Drogen und den daraus resultierenden Konsequenzen zu bewahren. Richtig scheint, dass Prohibition schon mehrfach gescheitert ist.

Doch gerade, wenn wir auf die Beispiele von Alkohol und Tabak blicken, dann sehen wir doch eindeutig, was die Freigabe von Abhängigkeit erzeugenden Stoffen mit dem Körper und der Seele macht. Ist der Geist erst einmal aus der Flasche, fängt man ihn kaum noch ein.

Das ist dann der Zustand der zur Normalität gewordenen „paar Fläschchen Bier“ am Abend oder den ein oder zwei Packungen Zigaretten am Tag. Alles nicht so schlimm. Aus den Erfahrungen, die wir in Bezug auf die Suchtmittelwirkung dieser legalen Stoffe gewinnen konnten, wird deutlich: Das Interesse und die Neugier werden wachsen, Cannabis auszuprobieren.

Die Hemmschwelle sinkt, wenn wir die Botschaft der Legitimierung ausgeben. Denn was der Staat nicht kontrolliert, kann wohl auch nicht gefährlich sein. Nein, ich vertraue unserer Bevölkerung in dieser Frage nicht. Schließlich ist der Nervenkitzel größer, die Verlockung noch höher. Die Hoffnung, die mit der Freigabe von Cannabis einhergeht, fußt auf einem überaus optimistischen Menschenbild:

Dass mit einer Droge, möge sie noch so „sanft“ sein, letztlich verantwortungsvoll umgegangen wird, möchte ich nicht nur bezweifeln, sondern will nochmals unterstreichen, dass jeder Genuss eines Suchtmittels den Einstieg in eine medizinisch-relevante Abhängigkeit ebnen kann. Es wäre weder der Gesamtgesellschaft, noch dem Staat, noch dem Gesundheits- und Sozialwesen zumutbar, einen ausufernden Konsum von Drogen zu kontrollieren. Die Idee, Cannabis nur in lizenzierten Shops auszugeben und dazu auch noch ein Beratungsgespräch anzubieten, wird den illegalen Handel größerer Mengen nicht austrocknen. Und auch die Hoffnung auf qualitativ hochwertigeren Hanf würde damit zerstreut.

Die massiven Schäden, die Hochprozentiges und Nikotin bereits heute in unserer Bevölkerung anrichten, müssten denjenigen eine Mahnung sein, die jetzt nach freiem Hanfkonsum rufen. Wir können es uns weder volkswirtschaftlich, noch medizinisch-psychologisch leisten, die Folgen weiterer Suchtmittel auf dem Markt zu schultern.

Da setze ich lieber auf andere Produkte der Zukunft, die uns Steuern in die Staatskasse bringen – und keinen seelischen Schaden bei den Menschen hinterlassen.

Denn wir wissen um die berausende und psychotische Wirkung von Cannabis, deren Langzeitschäden noch immer nicht erforscht sind. Daher ist es richtig, den Einsatz von kurierendem Hanf in begrenzter Dosierung zur Behandlung von Schmerzen und Co. auch weiterhin zuzulassen, von einer breiten Legalisierung aber zugunsten der psychischen und somatischen Gesundheit der Mehrheit abzusehen.

Wenn Journalisten die Steinreichen verteidigen...

Nein, mich verwundert kaum, dass Redakteure eher konservativ ausgerichteter Zeitungen auf die Vermögensteuer eindreschen. Zuletzt passiert beim Meinungsbeitrag „Wer hat, der gibt“ von FAZ-Redakteurin Heike Göbel, der Ende April 2021 veröffentlicht worden war¹.

Aus neoliberaler Weltsicht ist jeder Versuch strafbar, einen Steinreichen auch nur anzusprechen.

Denn jedes Land, in dem Millionäre Platz finden, muss vor Dankbarkeit und Ehrfurcht ihrer Leistungen auf die Knie gehen (an dieser Stelle sei die abgedroschene Frage erlaubt, ob denn überhaupt derart viel Hände Arbeit möglich ist, dass letztlich Milliarden damit „verdient“ werden können) – immerhin bestünde doch andernfalls die Gefahr, dass sich manch einer der Wohlhabenden nach anderen Ländern umsieht, in denen er durch den Fiskus nicht derart belangt wird wie bei uns.

Und überhaupt: Warum lagern beispielsweise bei Besitzern großer Lebensmittelketten Unsummen auf dem Konto, wenn doch die FDP behauptet, Firmenbosse in Deutschland würden erhebliche Teile ihres Besitzes zum Wohle des Unternehmens reinvestieren?

Brauchen Millionäre den Schutz von Kommentatoren?

Aber nun ganz im Ernst: Wer das Einfordern eines gerechten Anteils an großen Vermögen durch den Staat als „Plündererei“ bezeichnet, der hat offenbar noch immer nicht den verfassungsrechtlichen Gedanken von Solidarität verstanden.

Man fragt zudem, welche Beweggründe dahinterstecken mögen, sich als vermeintlicher Normalverdiener verteidigend vor Milliardäre zu werfen, wenn diese gar keiner Rechtfertigung bedürfen. Schließlich haben wir mittlerweile schon desöfteren vernommen, dass viele von ihnen bereit wären, einen größeren Beitrag zur Umverteilung beizusteuern.

Das haben sie auch desöfteren kundgetan, (vgl. Greive, „Handelsblatt“, 2019)².

Entsprechend will ich in Anlehnung an die Überschrift des Beitrages der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein biblisches Zitat entgegenstellen: „Denn wer da hat, dem wird gegeben werden“ (Matthäus 25,29 – LUT 1912)³. Letztlich ist das Instrument, die Abgaben für die oberen Zehntausend einer Gesellschaft zu erhöhen oder eine zusätzliche Steuer für sie einzuführen, nicht wirklich neu – und war auch in der Bundesrepublik immer wieder populär.

Nicht allein aus Gerechtigkeitsgründen befürworten sogar Unternehmer und Privatiers selbst, sie stärker zur Kasse zu bitten. Denn sie wissen um ihre Verantwortung – und um den Mehrwert für sich selbst, wie der Evangelist es bereits beschrieb. Schließlich bringt Geben nicht nur Ansehen und Prestige, sondern vor allem Selbstzufriedenheit und Sinnerfülltheit. Es wäre zynisch, darauf hinzuweisen, dass manch ein Geschäftsführer im Geld badet und nicht einmal weiß, ob er seinen Schatz zu Lebzeiten überhaupt noch verbrauchen kann.

Ein bisschen Humor muss angesichts der bürgerlichen Sorge vor einer Schröpfung der Reichen erlaubt sein.

Bestverdiener brauchen keine Interessensvertretung!

Mindestens genauso ironisch scheint aber die Feststellung der FAZ-Journalistin, die darauf hinweist, dass mithilfe einer Vermögensteuer die beispielhaften Schulden aus der Corona-Krise bei weitem nicht zurückgezahlt werden könnten. Doch soll man eine fiskalpolitische Maßnahme deshalb ablehnen, weil sie nur zu Teilerfolgen führt? Viel eher beschleicht mich der massive Eindruck, dass die Autorin Lobbyarbeit für Deutschlands Bestverdienende betreiben möchte.

Dass sie das Handwerkszeug von Rot-Rot-Grün auf die Vermögensteuer beschränkt, zeigt deutlich, dass sie die Gesamtheit steuerlicher Überlegungen der linken Parteien offenbar bewusst missachtet. Denn sie fußen auf weit mehr als einer Reichenabgabe.

Exemplarisch sei das Konzept von DIE LINKE zu erwähnen, der oftmals ein fehlendes Finanzierungskonzept ihrer Forderungen vorgeworfen wird.

Der Wandel zu einem sozial-ökologischen Wirtschaftssystem beinhaltet eine Reihe von Interventionen, zu denen nicht nur die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen gehört. Vielmehr sind es auch ein Einschmelzen der „Kalten Progression“, eine Zusammenfassung von Unterstützungsleistungen in einer Mindestabsicherung, die Hinführung der Sozialkassen zu einer solidarisch gestalteten Bürgerversicherung und ein damit verbundener Bürokratieabbau.

Auch die Einsparungen bei Rüstungsgeschäften und Verteidigung, eine Abschaffung von klimaschädlichen Subventionen, eine gerechte Finanztransaktionssteuer, die Einbeziehung von Firmengeldern in die Berechnung der Körperschaftssteuer, die staatliche Rendite aus dem nachhaltigen Strukturwandel mitsamt der Energiewende und Technologisierung sowie die Anhebung der

Erbschaftssteuer für große Nachlässe und die sachgerechte Anpassung der Gewerbesteuer an die Wirtschaftsleistung sind nur einige Beispiele dafür.

*„Alle Wege führen nach Rom...“ –
Vermögensbelastung um die Ecke denken!*

Dass die Vermögensteuer auf grundgesetzliche Bedenken stößt, liegt vor allem daran, dass die unterschiedliche Bewertung von verschieden hohen Vermögen nicht mit dem Gleichheitsgedanken aus Art. 3 GG vereinbar ist. Die Verfassung lasse keine dauerhafte Sonderabgabe einer vergleichsweise kleinen Bevölkerungsschicht zu, so die Experten.

Tatsächlich würde dieses Argument im Zweifel vor den Karlsruher Richtern ziehen, hat es 1995 doch schon einmal funktioniert – wenngleich die damals im Amt befindliche Bundesregierung befunden hatte, dass sie trotz dieser Gerichtsentscheidung keine Notwendigkeit zu einer Abschaffung der Vermögensteuer sehe. Dennoch wurde sie daraufhin ab 1997 nicht mehr erhoben.

Gleichwohl scheint ihre Wiedereinführung aber nicht völlig ausgeschlossen – über Umwege eben. Ob durch eine deutlich höhere Kapitalertragssteuer, eine stärker abgestufte Immobilienbesteuerung, eine Anhebung des Spitzensteuersatzes oder eine einmalige Vermögensabgabe, die auf einen längeren Zeitraum gedehnt wird. Letztere hat sich bereits in anderen Notlagen bewährt.

Dass damit eine Erfassung der Multimillionen zwar weniger punktgenau möglich ist, tut dem eigentlichen Ansinnen einer gerechteren Umverteilung von Vermögen keinen Abbruch. Und auch die Angst vor einer Abwanderung finanzstarker Unternehmen im Falle einer Renaissance der bei Union und Liberalen so unbeliebten Taxierung ist letztlich unbegründet:

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag hatte neuestens in einer Umfrage unter Firmen herausgefunden, dass bei den meisten Betrieben – wohl aus Kostengründen – kaum Interesse an Anlageinvestitionen im Ausland zu bestehen scheint (vgl. DIHK, 2021)⁴.

Wenngleich die Zahl derjenigen Länder, die eine Vermögensteuer in traditioneller Form erheben, in den letzten Jahrzehnten rückläufig war, lohnt sich dennoch ein Versuch mit mehrgleisigem Vorgehen: Einerseits muss der inländische Steuervollzug gestärkt werden, auf der anderen Seite bedarf es auf internationaler Ebene eines weiterhin stringenten Einsatzes zur Bekämpfung von Steueroasen.

Und nicht zuletzt sollte der Staat jederzeit daran denken, die qualitativen Standortbedingungen zu verbessern. Denn ehrliche Wirtschaftstreibende wissen das zu schätzen – und der Rest würde sich in Deutschland ohnehin gar nicht erst niederlassen...

Auf die Moralkeule, fertig, los!

Sarrazin, Palmer, Wagenknecht: In den letzten Jahren scheint das Mittel des Parteiordnungsverfahrens, das von den Antragsstellern zumeist mit dem Ziel eines Parteiausschlusses verfolgt wird, inflationär genutzt zu werden. Dennoch kommt es in den seltensten Fällen tatsächlich dazu, dass ein Mitglied aus den eigenen Reihen entfernt wird – und das ist auch gut so. Schließlich sieht unsere Verfassung in Verbindung mit dem Parteiengesetz nicht umsonst eine sehr hohe Hürde vor, um sich letztlich unliebsamen Parteigranden zu entledigen.

Da reicht es eben nicht aus, in einzelnen Punkten der Parteilinie zu widersprechen. Viel eher muss eine massive Ablehnung der politischen Grundsätze vorliegen, die zudem in der Lage ist, der Partei „schweren Schaden“ zuzufügen. Insbesondere bei Mandatsträgern kann man davon ausgehen, dass sich der Wähler schlussendlich darauf verlassen will, wonach sein Abgeordneter zumindest im Wesentlichen die Überzeugungen der Partei vertritt – zumal

ihm genau dafür in der Wahlkabine das Vertrauen ausgesprochen wurde. Insofern mag es richtig sein, dass an die Repräsentanten des Volkes die Erwartung gerichtet werden darf, parteipolitische Eckpfeiler nicht zu versetzen – wenngleich ihnen das Grundgesetz die Gewissensfreiheit einräumt.

Einfachen Mitgliedern, die nicht in der Öffentlichkeit zu stehen vermögen, wird man die Voraussetzungen für den Parteiausschluss in der Regel nicht nachweisen können. Damit bleibt gewährleistet, dass in programmatischen Einzelfragen die Überzeugungsfreiheit einen höheren Stellenwert als die Parteiräson einnimmt. Wenn es aktuell um Personen wie Sahra Wagenknecht geht, die als frühere Fraktionsvorsitzende und heutige Spitzenkandidatin in NRW für die Bundestagswahl nicht zuletzt aufgrund ihrer literarischen Ausführungen im Rampenlicht steht, wird man ebenso Schwierigkeiten haben, eine stringente Argumentationskette zu bilden, die ihre Beschädigung des Ansehens der LINKEN hinreichend begründet.

Schlussendlich hat sie zwar in erheblichem Maße Abstand von der Grundsatzprogrammatik der Partei genommen.

Gleichsam vermag ich nicht zu erkennen, dass sie mit der Kritik an falschen Schwerpunktsetzungen, theoretischer Ideologisierung und innerparteilichen Profilierungsversuchen der LINKEN den Ruf dieser politischen Kraft in Misskredit gebracht hat.

Stattdessen ist es ein erbärmliches wie verheerendes Signal für eine Partei, die sich wiederholt internen Flügelkämpfen und dem Austausch von persönlichen Befindlichkeiten ausgesetzt sieht, dass man sich im Umgang mit freigeistigen Mitgliedern keinen anderen Rat weiß, als schlussendlich deren Ausschluss anzustreben. Zweifelsohne hat diese Unterdrückung von Meinungspluralismus eine vernichtende Außenwahrnehmung zur Folge.

Denn es entsteht dadurch nicht allein der öffentliche Eindruck von einer bloßen Selbstzerfleischung der Partei.

Vielmehr werden reformpolitische Ansätze, die mit einer skeptischen Reflexion der parteilichen Grundwerte einhergehen, im Keim erdrückt. Dass Wagenknecht die linke Identitätspolitik auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft und ihren Genossen letztlich attestiert, dass man mit weltanschaulicher Wohlfühltaktik und in sich kreisender Selbstbeschäftigung den Kontakt zum eigenen Klientel verliert, ist aus meiner Sicht ein dankenswerter Einwand, der uns eigentlich zum Nachdenken anregen sollte – statt sich auffallend darüber zu empören, von einer erfahrenen wie klugen Vorreiterin der linken Partei mit klaren Worten aus der ideologischen Komfortzone geworfen zu werden.

Immerhin scheint es deutlich angenehmer, über Gendern und Frauenquoten zu philosophieren, als sich mit der Frage zu beschäftigen, wie vernünftig, praktikabel und hilfreich es ist, den Weltfrieden herbeizusehnen und Deutschlands Türen für die Welt zu öffnen. Dabei rüttelt nicht nur Wagenknecht angesichts der dramatischen Umfrage- und Wahlergebnisse der LINKEN an der Parteiseele.

Und als pragmatisches Mitglied würde ich meinen Mitgenossen dazu raten, das Angebot zur Spiegelung der eigenen Standpunkte anzunehmen und den Fokus dorthin zu richten, wo man sich eine solidarische Stimme erhofft.

Ich halte es hierbei mit dem Zitat von Sigmar Gabriel: „Wir müssen raus ins Leben; da, wo es laut ist; da, wo es brodeln; da wo es manchmal riecht, gelegentlich auch stinkt“ (vgl. T-Online, o.J.)⁵.

Als sachbezogener Politiker, der selbst schon ins Kreuzfeuer der Kritik durch vereinzelte Mitglieder und Parteistrukturen geraten ist, empfehle ich uns, die Knüppel wieder einzupacken und auf der Isomatte die Friedenspfeife zu rauchen.

Das wäre ein Signal der Toleranz, das gerade in Wahlkampfzeiten die Gemüter beruhigen und die Kräfte bündeln würde. Wenngleich ich ein glühender Verfechter der Regierungsbeteiligung meiner Partei bin, kann ich ihr im jetzigen Zustand nicht zureden, Verantwortung für unser Land zu übernehmen.

Zunächst muss sich manch Genosse klar werden, ob gegenseitige Verunglimpfung, von Abneigung untermalte Anschuldigungen und sich im Ton vergreifende Denunziation Stil einer LINKEN sein soll, die den Anschluss an das Volk zu verlieren droht.

Zweifelsfrei: Die Emanzipation ist ein wesentlicher Prozess innerhalb eines aufgeklärten Landes, der wohl niemals seinen Abschluss finden wird. Und das ist letztlich auch völlig richtig so. Denn wir dürfen zu keinem Zeitpunkt vergessen, welche ungeheure Anstrengungen nötig gewesen sind, um schlussendlich die Rechte von Frauen und Menschen, die sich keinem eindeutigen Geschlecht zugehörig fühlen, in unserer Gesellschaft durchzusetzen.

Blicken wir auf die Vorstände in Unternehmen oder auf die Wahllisten von Parteien, so wird deutlich, dass das Vorhaben des Feminismus, Chancengleichheit in allen Lebensbereichen herstellen zu wollen, weiterhin nicht erreicht werden konnte. Insofern bleibt der Einsatz für dieselben Löhne, die identischen Arbeitsplätze und die gleiche Aussicht auf Mitsprache in den Vorstandsebenen eine unverzichtbare Aufgabe des 21. Jahrhunderts – ja, man mag es kaum glauben, dass solche Sätze auch heute noch immer nötig sind.

Allerdings kippe ich nun Wasser in den Wein:

Ich bin ein Mann – und entschuldige mich daher schon vorab für etwaig unqualifizierte Kommentare. Denn wenn ich versuche, mich in die Frau der Neuzeit einzufinden, würde ich feststellen:

Manch Diskussion um das „Sofa-Gate“ (vgl. stern.de, 2021)⁶, also den fehlenden Sitzplatz für Ursula von der Leyen bei ihrem Besuch in der Türkei, oder die Aufregung über den verwehrten Handschlag von Ex-Präsident Trump gegenüber Angela Merkel – solche Debatten sind für mein Verständnis eher Symbolpolitik. Sie lenken die Aufmerksamkeit nach meiner Überzeugung vom eigentlichen Problem ab.

Denn es geht weniger darum, ob Präsident Erdogan der EU-Kommissionspräsidenten einen Platz auf der Couch anbietet – oder die Bundeskanzlerin bei Wladimir Putin trotz ihrer Phobie neben seinem Hund verweilen musste. Zwar sind all das Beispiele dafür, dass besonders die Politik weiterhin eine Männerdomäne ist.

Mit der Lebenswirklichkeit der Millionen Frauen, welche in existenzieller Benachteiligung und Unterdrückung verharren müssen, haben diese medienwirksam aufbereiteten Beispiele misslungener Gleichstellung kaum etwas zu tun.

Ähnlich ergeht es mir mit einem Phänomen, das in den letzten Monaten massiv an Auftrieb erfahren hat – und selbst vor Fernsehnachrichten, wissenschaftlichen Texten und dem „Smalltalk“ keinen Halt mehr macht:

Wenngleich man uns anhand von Studien weismachen möchte (vgl. FR Online, 2020)⁷, dass „Binnen-I“, Doppelpunkte und Gender-Sternchen im Sprechen und Schreiben die Gleichberechtigung von Mann, Frau und Divers fördern würden, weil unsere kognitiven Synapsen damit konfrontiert sind, sich mit der Vielfältigkeit unserer Gesellschaft auseinandersetzen zu müssen, bin ich schon immer vom Gegenteil überzeugt gewesen.

Deshalb resümiere ich an dieser Stelle dazu:

Es ist doch ein eindrückliches Zeichen, wenn sich die zuständigen Gremien für die deutsche Sprache gegen die Übernahme von diversitären Rechtschreib-Regeln in den „Duden“ positionieren. Denn sie machen unsere Kommunikation ja nicht nur komplizierter, holpriger und unverbindlicher. Gleichsam führen sie zu einer Entstellung des Schriftbildes und verunmöglichen eine pointierte Ausdrucksweise.

Nicht umsonst spricht sich eine Mehrheit der Bevölkerung gegen eine gendergerechte Sprache aus. Und genau deshalb wäre es für unseren sozialen Frieden und das gesellschaftliche Miteinander überaus gefährlich, wenn wir uns einem Dammbbruch hingeben würden, der die über jahrtausendealte Praxis ablöst, wonach eine männliche Konnotation unseres Wortschatzes selbstredend auch das weibliche Geschlecht und jeden Menschen einschließt, der sich diesbezüglich nicht eindeutig festlegen möchte.

Mit der Tendenz zu linker Identitätspolitik trägt der Mainstream nach meinem Dafürhalten maßgeblich dazu bei, dass wir

uns mit unseren Partikularinteressen immer weiter voneinander separieren und den sozialen Spalt eher vergrößern, anstatt das Verbindende zu suchen. Denn in erster Linie sind wir alle Menschen – und zumindest in dieser Tatsache von Grund auf gleich. Es ist unbestritten tragisch, dass wir diese Selbstverständlichkeit bis heute betonen müssen. Doch erweisen wir mit unserer immer kleinteiliger werdenden Definierung der eigenen Persönlichkeit in ihren einzelnen Eigenschaften nicht denen einen Bärenhändel, die noch immer in Schubladen denken?

Wie soll ein Land funktionieren und regierbar bleiben, wenn jede Gruppe oder Minderheit den Anspruch auf eigenen Lobbyismus erhebt? Führt nicht genau diese Entwicklung den Gedanken der Egalität vollkommen ad absurdum? Mir wäre es viel lieber, wenn wir sie authentisch praktizieren würden, anstelle eines künstlichen Versuchs, durch die Verramschung von Sprache eine möglichst große Vielfalt der individuellen Bekenntnisse abbilden zu wollen. Mit der angeblichen Demonstration von Diversität in unserer Ausdrucksweise pervertieren wir in

Wahrheit die Ambition, Barrieren in den Köpfen abzubauen. Rechte von Frauen, Behinderten oder Homosexuellen werden nicht dadurch gestärkt, dass ihre Interessenvertreter beständig lauter schreien. Im Gegenteil: Mit einer permanent steigenden Erwartungshaltung wächst das Unverständnis in der Allgemeinheit – vor allem dann, wenn dadurch der Eindruck vermittelt wird, einzelne Gruppen beanspruchten sogar mehr Rechte als der Durchschnitt.

Es ist unbestritten, dass wir in der Praxis weiterhin riesige Anstrengungen benötigen, um Gleichbehandlung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Daseins zu erwirken. Die Sensibilität für diverse Lebensformen fehlt in weiten Teilen der Solidargemeinschaft auch jetzt noch – was mir durchaus nahelegt, dass Genderismus à la „Bürger:innen“ nicht bei der Mehrheitsbevölkerung anzukommen scheint. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Augenhöhe unter allen Menschen unterschiedlicher Prägung wird nach meinem festen Glauben nicht erweitert, indem wir unsere Zivilisation immer weiter ausdifferenzieren.

Es mag ein ehrbares, anerkennendes und wertschätzendes Zeichen sein, wenn wir in Wort und Schrift deutlich machen, dass unser Miteinander bunt ist. Der Drang, es mit dem gutgemeinten Ansinnen von kompletter Ebenbürtigkeit zu übertreiben, kann letztlich zu einem Rückschritt führen. Denn wir müssen alle Menschen mitnehmen, wenn wir vermeiden wollen, dass sich manche Schichten aus Angst vor Übervorteilung der Anderen zurückziehen.

Deshalb appelliere ich an Vernunft und Verhältnismäßigkeit, nicht nur eine Scheinpolitik zu betreiben, mithilfe derer wir zwar öffentlichkeitswirksame Aufmerksamkeit erzielen können, letztendlich aber keinen einzigen Beitrag dafür geleistet haben, dass Gleichrangigkeit im Alltag nicht nur sichtbar, sondern insbesondere umgesetzt wird.

Es hilft keinem Benachteiligten weiter, wenn wir den sozialen Halt durch eine exzessive Abstufung der Genera ins Wanken bringen – und damit eine Auseinanderentwicklung des Kollektivs riskieren.

Es wäre ein Zeugnis dafür, dass wir nicht nur symptomhaft versuchen, an der Oberfläche des Problems zu doktern, sondern uns der Ursache annehmen, wenn wir theoretische Grabenkämpfe nicht in Buchstaben austragen würden, sondern praktischen Kredit von dem Establishment der Machos abverlangen würden.

Wenngleich ich mir nicht sicher bin, ob es beispielsweise angezeigt ist, Quotierungen per Gesetz anzuordnen, so erachte ich derartige Botschaften für weitaus nachhaltiger als den mahnenden Einsatz der „Sprach-Polizei“ ...

Wie gefährlich kann direkte Demokratie werden?

Nicht nur Querdenker, Wutbürger und Frustrierte setzen darauf – auch seriöse Organisationen machen sich für sie stark: Die direkte Demokratie ist spätestens seit dem Projekt der „Bürgerräte“ medial im Fokus – und immer wieder ist es das angebliche Vorbild der Schweiz, das es mit Aufsehen erregenden Volksabstimmungen auch in die internationale Presse schafft.

Aktuell hatten sich die Eidgenossen gleich mehrfach gegen Vorlagen entschieden, die die Alpenrepublik im Klimaschutz voranbringen sollten.

Doch nicht nur der „Röstigraben“ machte deutlich, dass das Land gespalten ist – und offensichtlich nicht zur Verantwortlichkeit für die Schöpfung bereit scheint.

Besonders in den politischen Randparteien sind Befragungen der Bevölkerung beliebt, denn gerade sie erhoffen sich, dass der Wähler diese Chance nutzt – und seinen politischen Gefühlen freien Lauf lässt.

Auch dieses Mal profitierten erneut die Konservativen, die mit ihrem Engagement gegen die sozial-ökologischen Forderungen von Grünen und der Regierung Stimmung gemacht hatten. Und nicht zuletzt bewies das Resultat auch, dass es für Verschwörungstheoretiker der Straße offenbar ein Leichtes ist, die Autarkie des Wahlvolkes für Eigeninteresse zweckzuentfremden.

Auch in Deutschland debattieren wir immer wieder neu darüber, ob es angezeigt ist, unsere Demokratie weiterzuentwickeln. Zweifelsohne mag es für viele Bürger zu wenig sein, alle vier oder fünf Jahre ein Kreuz bei einer Partei zu setzen, die im Wahlkampf viel verspricht, in der Regierung aber kaum etwas davon umsetzt. Die repräsentative Staatsform verlangt den Menschen viel Vertrauen ab, das sie den Politikern im Voraus schenken sollen. Gerade, wenn es dann zu Entscheidungen der Parlamente kommt, die mit den ursprünglichen Wahlprogrammen so gar nichts mehr zu tun haben, ist die Enttäuschung groß.

Vor allem bei unerwarteten Krisen wie der Corona-Pandemie wurde das mehr als deutlich: Für die politischen Entscheidungen in der epidemischen Lage hatten die Wähler auf Bundesebene keine Möglichkeit, ein entsprechendes Mandat zu erteilen – schließlich brach das Virus zwischen den Bundestagswahlen über uns herein. In solchen Fällen müssen sich die Abgeordneten verfassungsgemäß auf ihr Gewissen verlassen – und intensiver denn je die Stimmungslage in der Bevölkerung zu erspüren versuchen. Dass das in der Betriebsblindheit des politischen Berlins nur bedingt gelingen kann, ist auch mir als glühendem Anhänger des Parlamentarismus völlig klar.

Trotzdem ist die Öffnung hin zu mehr direktdemokratischen Elementen aus meiner Sicht schwierig. Denn wie gefährlich es sein kann, wenn man die Menschen selbst über wesentliche Sachentscheidungen befinden lässt, macht das Beispiel der Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe in der Schweiz exemplarisch deutlich.

Dass es dieses Anliegen vor einigen Jahren letztlich nicht an die Wahlurne geschafft hatte, lag allein am Rückzug des Vorhabens durch die Initiatoren.

Wenngleich eine politische Umsetzung dieses Ansinnens auch bei einem „Ja“ durch das Stimmvolk aufgrund seines eklatanten Widerspruchs zu völkerrechtlichen Verträgen, welche auch die Eidgenossenschaft unterschrieben haben, wohl eher unwahrscheinlich gewesen wäre, zeigt dieser Vorschlag aus der Nachbarschaft, dass Direktdemokratie überaus heikel werden kann.

Das haben zuletzt offenbar auch „Bündnis 90/Die Grünen“ in Deutschland verstanden, deren Bundesdelegiertenkonferenz sich 2020 gegen die Parole ausgesprochen hat, mehr plebiszitäre Abstimmungen in der Bundesrepublik einzufordern (vgl. Mehr Demokratie e.V., 2020)⁸. Dagegen ist es in der LINKEN weiterhin „en vogue“, sich für unmittelbare Herrschaftsformen einzusetzen – getreu dem marxistischen und von Engels unterstützten Grundsatz der „Diktatur des Proletariats“.

Ich lehne eine Aufweichung unseres Modells der stellvertretenden Demokratie ab, weil gerade die letzten Jahre sehr eindrücklich bewiesen haben, wie riskant es sein kann, ein in Teilen emotional aufgeladenes Volk über wesentliche Zukunftsanliegen Deutschlands abstimmen zu lassen.

Gerade jenen, die auf einer Schwächung des Parlaments bei gleichzeitiger Stärkung des Volkes beharren, muss bewusst sein, dass Freiheit und Rechtsstaatlichkeit nur gewährleistet bleiben können, wenn direktdemokratische Bestandteile in unserem Staatsystem durch entsprechende Puffer abgemildert werden.

Die repräsentative Demokratie hat sich auch deshalb bewährt, weil die Volksvertretung keine barrierefreien Entschlüsse einer kochenden Volksseele zulässt.

Viel eher stehen umfangreiche Prüfungen von Gesetzesentwürfen zwischen dem Einbringen eines Antrages durch die Regierung und der letztendlichen Schlussabstimmung der Abgeordneten Häuser, die sicherstellen

sollen, dass legislative Bestimmungen mit der Verfassung in Einklang gebracht werden können und mit den Grundwerten unserer Republik vereinbar sind.

Dass die Gesetzgebung dadurch langwierig und oftmals schwerfällig wirkt, mag ein fader Beigeschmack der Repräsentativität sein. Mir ist es jedoch allemal lieber, wenn Verordnungen und Paragraphen im Entscheidungsverfahren eingehend unter die Lupe genommen werden. Die Feststellung, dass ein Gesetz den Bundestag niemals so verlässt, wie es hineingekommen ist, beruhigt mich sehr.

Zweifelsohne: Auch ich habe bereits an Bürgerbeteiligungsprozessen teilgenommen. Und ja, ich finde es wichtig, dass das Volk zu ausgewählten Sachfragen Stellung bezieht. Dennoch stelle ich mich aus genannten Gründen gegen eine verbindliche Partizipation der Einwohnerschaft, weil Populismus zu den unberechenbaren Fallstricken gehört, die eine geordnete Demokratie in arge Bredouille bringen können. Ja, tatsächlich fehlt mir die Gewissheit, dass unsere Bevölkerung im

Zweifel mit Vernunft und Weitsicht über solche Forderungen befinden würde, die an den Eckpfeilern unserer freiheitlich-rechtsstaatlichen Grundordnung rütteln.

Dass ich daraus die generelle Ablehnung des Initiativrechts des Volkes auf Bundesebene ableite, hat wiederum mit meinem Glauben an das Funktionieren unserer abgestuften Legislatur zu tun. Sicherlich könnte man feststellen, dass wir uns einen riesigen Beamten- und Mitarbeiterapparat leisten, der unsere Abgeordneten dabei unterstützt, im besten Wissen über allfällige Gesetzesvorhaben zu beschließen.

Die Frage, ob es nicht auch denkbar ist, die Wählerschaft in die Lage zu versetzen, derart hinreichend informiert zu sein, dass auch dem Bürger eine fachkundige Abwägung seiner Stimme bei Referenden möglich wäre, ist durchaus berechtigt. Man braucht allerdings keinerlei Studien, um aus der gesammelten Erfahrung heraus erkennen zu können, dass spätestens seit 2015 demagogische Einflüsse auf die partielle Bevölkerung zugenommen haben.

Hinreichende Schutzbeschränkungen gegen populistische Einwirkungen auf basisdemokratische Volksabstimmungen scheint es bislang nicht zu geben. Andernfalls hätten sich die Schweizer nicht schon allzu oft gegen offenkundig plausible Gesetzesvorlagen ausgesprochen.

Ja, das Volk ist der Souverän. Und dennoch bin ich sicher, dass er manches Mal vor sich und seinen gefühlsbetonten, beeinflussten und vorurteilbehafteten Überzeugungen behütet werden muss.

Das plebiszitäre System kann diese Aufgabe aber nicht wahrnehmen, weil es in seiner Reinform auf zwischengeschaltete Mechanismen verzichtet, die bloße Stimmungen abfedern würden.

Und auch, wenn ich die Ziele von Organisationen wie „Mehr Demokratie e.V.“ grundsätzlich gutheiße, verfolgen ihre Anhänger aus meiner Erfahrung einen unkritischen Umgang mit der Macht, die dem Volk in einer Direktdemokratie zuteilwerden würde.

Daher unterstütze ich die Ergänzung unseres repräsentativen Systems um Teilhabeverfahren, mithilfe derer sich Bürger gerade in kommunalen und regionalen Fragestellungen – von denen sie oftmals ganz persönlich betroffen sind – mit Sachverstand und Meinung einbringen sollen, ohne dabei aber eine Verbindlichkeit für die Politik erzwingen zu können. Für alle anderen Fälle stehen bereits heute entsprechende Mittel wie der Bürgerentscheid zur zivilen Mitgestaltung zur Verfügung, deren Ergebnis obligatorischen Charakter für Legislative und Exekutive besitzt – allerdings entsprechende Hürden vorsieht, um manch geharnischte Tönung von Volksanliegen zu entschärfen. Gerade bei Bauprojekten, Quartiersentwicklung oder lokalen Sacherörterung hat sich Partizipation in Form frühzeitiger Aufklärung, Transparenz und Mitsprache à la „Brainstorming“ bewährt.

Nein, ich habe keinen Zweifel an einem mündigen Bürger. Dennoch kann es bisweilen in dessen ureigenstem Interesse sein, wenn sich der Mehrheitswille der Bevölkerung nicht durchsetzt.

Oftmals verstehen wir erst mit einigem Abstand, dass es zum Wohlergehen vieler gewesen ist, politische Entscheidungen in einem strukturierten Prozess parlamentarisch zu treffen. Wenngleich das Argument, Basisdemokratie fördere Wahlmüdigkeit, anhand des Beispiels „Schweiz“ nicht belegt werden kann, sprechen auch keine eindeutigen Nachweise für das Gegenteil.

Insofern scheint es fraglich, ob einem repräsentativ denkenden und erzogenen Volk überhaupt derart viel politische Bildung zugemutet werden könnte (die für ein Gelingen von Plebisziten unabdingbar wäre), ohne einen Verdruss innerhalb der Wählerschaft zu riskieren.

Denn ein basisdemokratisches Staatswesen bedeutet nicht nur Freiheit, sondern insbesondere auch, für gefällte Entscheidungen Verantwortung übernehmen zu müssen.

Gerade in der schnelllebigen Zeit des 21. Jahrhunderts scheint es gewagt und mutig zugleich, dem Bürger Voten von einer

nachhaltigen Tragweite aufzugeben, deren Konsequenzen in der Kurzentschlossenheit der zeitgeistigen Individualisierung nachvollziehbarerweise kaum erfasst werden können.

Insofern bleibt für mich umstritten, ob die deutsche Bevölkerung überhaupt für einen Zuwachs an politischem Pflichtgefühl reif genug wäre, ohne mit der hinzugewonnenen Selbstbestimmung bloße Exempel der Unzufriedenheit zu statuieren...

Offene Herzen ohne offene Grenzen?

Linke haben ein Herz für geflüchtete Menschen – und das ist auch wirklich gut so. Denn die Solidarität mit denjenigen, die aus unterschiedlicher Not ihre Heimat verlassen müssen, gehört zu einer sozialistischen DNA unbedingt dazu.

Immerhin vertreten wir mit unserer Ideologie eine humanistische Weltsicht, in der es sich verbietet, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen.

Und jeder, der in Zeiten von Rassismus, Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit noch ein Stück Gewissen in sich trägt, kann einerseits stolz auf 2015 zurückblicken, als sich eine Vielzahl von Deutschen mit großer Leidenschaft für die Aufnahme von Asylsuchenden in unserem Land eingesetzt hat – muss andererseits aber auch beschämt sein, dass die sogenannte „Flüchtlingskrise“ von diversen Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen zur Stimmungsmache, Menschenverachtung und Populismus missbraucht wurde.

Das Klima der Nächstenliebe hat sich in den darauffolgenden Jahren grundlegend abgekühlt. Mag sein, dass viele Bundesbürger tatsächlich Ängste vor dem Fremden hatten und befürchteten, die Migranten könnten ihnen etwas „wegnehmen“.

In den allermeisten Fällen war es aber blanker Hass gegenüber dem Andersartigen und der pure Neid, der gegenüber jenen, die aufgrund von Krieg und Verfolgung ihre Heimat allein mit den Kleidern am Leib verlassen mussten, nicht nur unangebracht und ungerecht war, sondern eine nationalistische Geisteshaltung der Abschottung und Überheblichkeit zum Ausdruck brachte.

Unzweifelhaft positioniert sich die Mehrheit der politischen Linken klar für eine Aufnahme von Menschen, deren Leben in ihren Herkunftsländern bedroht ist – und die nach den geltenden Regelungen der „Genfer Flüchtlingskonvention“ und den hierzulande praktizierten Gesetzen zum Asylrecht einen entsprechenden Schutzstatus genießen.

Diese Haltung folgt dem Grundsatz eines humanitären Sozialismus, der es versucht, gleiche Lebensbedingungen für alle Menschen zu ermöglichen. Insofern verwundert mich manch patriotisch wirkender Einwand aus Teilen der Linkspartei: Es ist doch selbstredend klar, dass die Vorstellung einer unbeschränkten Zuflucht in einen Staat genauso eine Fata Morgana darstellt wie das Bild im Kopf der Hilfesuchenden, die in Europa Länder erwarten, in denen „Milch und Honig“ fließt. Deshalb sind die Ambitionen des linken Flügels gleichermaßen zurückzuweisen wie der Versuch, auf Kosten von Flüchtlingen Ängste der Bevölkerung zu schüren. Es ist eine unverantwortliche Verquickung aus Teilen der „aufstehen“-Bewegung, wenn zumindest der Anschein erweckt wird, aus scheinbar chauvinistischem Antrieb die Zuwanderung und Asylsuche von Menschen mit erwiesenem Schicksal im gleichen Atemzug mit der Warnung vor einer politischen Islamisierung der Bundesrepublik, der Forderung nach einem Kopftuchverbot oder der Gefahr einer Ghettoisierung in unseren Großstädten nennen zu wollen.

Mit solch einem Vorgehen wird der Vorwurf untermauert, die beiden politischen Pole im deutschen Parteiensystem seien sich in Wirklichkeit deutlich näher, als es ihre Ideologien vermuten ließen. AfD und anderen reaktionären Parteien wird mit solchen Andeutungen aus der Mitte der LINKEN ein Bärendienst erwiesen. Der Drang, Wahrheiten aussprechen zu wollen, darf nicht dazu führen, die eindeutigen Unterschiede im Menschenbild von rechten und linken Parteien zu verwischen.

Natürlich soll niemandem ein Maulkorb verpasst werden. Gerade als jemand, der in unterschiedlichen Fragestellungen mit Skepsis auf allzu linkslastige Luftschlösser reagiert, ist es mir wichtig, über die weltanschaulichen Eckpfosten hinwegzuschauen. Trotzdem sind Pauschalisierungen, Ressentiments und Übertreibungen kein Mittel der Wahl, um Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Denn auf die mutmaßlichen Gleichsetzungen fallen lediglich diejenigen herein, die ohnehin durch ihre apodiktischen Scheuklappen befangen sind.

Unbestritten: Es gibt Beispiele dafür, dass sich unter den Flüchtlingsströmen der letzten Jahre vereinzelte Extremisten nach Deutschland eingeschleust haben. Und es ist auch kein Geheimnis, dass in einigen Moscheen viel eher politisiert als gepredigt wird. Daraus aber Rückschlüsse zu ziehen, dass das christliche Abendland vor dem Untergang stünde, ist bewusste und zielgerichtete Panikmache, die innerhalb einer sich im besten Sinne gesellschaftsverändernden Bevölkerung soziale Divergenz stiftet.

Ich gebe unumwunden zu: Für mich sind verhüllende Schleier ein Ausdruck von Unfreiheit. Ich kann mit meinem westlichen Blick nicht verstehen, dass Frauen aus muslimischen Ländern eine Burka anders konnotieren und sich freiwillig verdecken. Schon allein aus ordnungspolitischen Gründen will ich solch eine Form der für Außenstehende als Ausdruck von Unterwürfigkeit empfundenen Unkenntlichmachung der Person nicht gutheißen. Es ist nicht nur gute Sitte und Tradition, dass wir uns in Deutschland ins Gesicht schauen können.

Gerade aus Sicherheitsaspekten und der Notwendigkeit, sich im Zweifel identifizieren zu können, bleiben für mich derartige Auswüchse einer offenkundigen Geschlechterhierarchie inakzeptabel. Nachdem ich in diesem Buch aber bereits mehrfach betont habe, dass ich mich von einem Schwarz-Weiß-Denken distanzieren, differenziere ich an dieser Stelle auch zum bloßen Kopftuch, das ich als religiöses Symbol anerkennen und nachvollziehen kann, wenn sich Muslima in freien Stücken zu dessen Tragen entscheiden.

Denn im Spannungsfeld zwischen Selbstbestimmung, Religionsfreiheit und Unterdrückung scheint es mir vertretbar, dass Frauen islamischen Glaubens eigenständig befinden können, ob sie mithilfe eines solchen Zeichens ihr Bekenntnis unterstreichen. Weil aber dennoch das Risiko besteht, dass auch ein Kopftuch zu einem unfreiwilligen Kleidungsstück wird, bedarf es weiterhin politischer und zivilgesellschaftlicher Anstrengungen der Aufklärung über die in Deutschland geltenden Regeln von Emanzipation und Glaubensfreiheit.

Und was die Bedenken bezüglich der Entstehung von Parallelwelten angeht, so bin ich ebenfalls dafür, dieses Thema nicht zu verschweigen, Muslime aber gleichsam nicht unter Generalverdacht zu stellen. Schließlich bin ich sicher, dass der überwiegende Teil der hier lebenden Migranten – völlig unabhängig, aus welchem Kulturkreis sie zu uns kommen – zur Integration bereit ist. Dass gerade junge Flüchtlinge und Zuwanderer in der dritten Generation eine Assimilation ablehnen, ist aus meinem Verständnis deren vollkommenes Recht. Denn ein Kniefall der Dankbarkeit ist weder angebracht, noch entspricht ein solches Verständnis der Proskynese der weltoffenen Grundeinstellung des Gros der deutschen Bevölkerungsgemeinschaft.

Wir brauchen stattdessen auch weiterhin das einladende Angebot an alle, die aus anderen Teilen der Welt zu uns finden, sich zu Deutschland als ihrer neuen Heimat zu bekennen. Es ist überdies unser berechtigter Anspruch, von ihnen ein klares Einstehen für unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat einzufordern.

Das Prinzip vom „Geben und Nehmen“ entspricht meiner Vorstellung von einem fairen und ausgewogenen Umgang mit Menschen, die nicht grundlos bei uns sind. Deshalb gilt einerseits, ihnen alle zustehenden Rechte und Schutz zuzusichern. Andererseits dürfen wir verlangen, dass Menschen in Not oder auf der Suche nach einem Beruf nicht nur mit einer Erwartungshaltung in unser Land kommen, sondern Bereitschaft zeigen, einen zumutbaren Opportunismus mitzubringen.

Ich war der Bundeskanzlerin dankbar, dass sie vor sechs Jahren eindeutige Worte gesprochen hat. Denn im Nachhinein hat sich herausgestellt, dass wir es geschafft haben, die „Flüchtlingswelle“ zu meistern – und uns mehrheitlich als Volk der offenen Herzen zu präsentieren, auch wenn die lauschschreienden Verächter der Menschenrechte ein völlig anderes Bild der deutschen Stimmungslage zeichnen wollen.

Dass eine Willkommenskultur aber nur dann gelingen kann, wenn sie in sortierten Bahnen abläuft, versteht sich von selbst.

Daher ist es kein Widerspruch, wenn wir mit ausgestreckten Armen auf diejenigen zugehen, die nachweislich Voraussetzungen für eine nach weltweiten Übereinkünften gültige Aussicht auf Schutz erfüllen – und gleichzeitig unsere Binnengrenzen zu den Nachbarländern Europas maßvoll absichern. Ein menschlicher Sozialismus erlaubt nach meinem Dafürhalten die Kontrolle von Zuwanderung und Zuflucht, solange dadurch keine internationalen Flüchtlingsrechte beschnitten werden.

Gerade im Mittelmeer scheint die EU letztgenannte Bedingung immer seltener zu erfüllen, weshalb ich den Protest – nicht nur aus den Reihen der LINKEN – an der gemeinsamen Strategie zur Bewältigung der migrantischen Bewegungen aus Afrika und Asien nur allzu gut mittragen kann. Wer die Augen vor dem Tod zehntausender Menschen auf offener See verschließt, verleugnet jedwede Solidarität – und kann nach meinem Empfinden nur schwerlich einen ehrlichen Sozialismus vertreten.

Liebe Leser!

Puh, ich habe es der linken Seele mit meinem Buch nicht gerade leichtgemacht. Allerdings war das – erwartungsgemäß – auch gar nicht meine Absicht. Denn es gibt genügend Wortmeldungen in der Medienlandschaft, aus denen sich eine bedingungslose Gefolgschaft für die Linkspartei ableiten ließe.

Oftmals hören wir Appelle, wir sollten gerade in Wahljahren innerparteiliche Differenzen nicht nach außen tragen. Unbestritten schadet es dem Ansehen von politischen Gruppierungen ganz ungemein, wenn Auseinandersetzungen die persönliche Ebene erreichen und dabei gar unter die „Gürtellinie“ gehen. Solche Duelle sind wahrlich nicht mein Stil, wenngleich ich selbst bereits derartigen Attacken ausgesetzt gewesen bin. Mein Anspruch ist es jedoch, dass wir inhaltlichen Streit auch in der Öffentlichkeit austragen dürfen. Denn er ist wesentlicher Bestandteil einer demokratischen Diskussionskultur.

Wird sie ordentlich geführt, ist sie für Wähler und Partei eine Bereicherung, denn sie trägt zur Meinungsbildung bei. Und keinen anderen Zweck habe ich mit meiner vorliegenden Sammlung kritischer Texte zur politischen Linken verfolgt, weshalb ich dankbar wäre, wenn sie auch dementsprechend verstanden würde. Ich sehe meinen abgewogenen Blick als einen Beitrag zur Selbstreflexion, welche letztlich dazu führen sollte, dass demokratisch-sozialistische Ideen in Deutschland auch in jenen Bevölkerungsschichten neuen Aufschwung und Attraktivität erhalten können, die bisher nicht zum typischen Wählerklientel der Linkspartei gehört haben.

Und falls Sie gerade im momentanen Jahrzehnt einen markigen Artikel zum Thema „Klimaschutz“ erwartet hätten, muss ich Sie leider enttäuschen – denn: Ich bin überaus zufrieden damit, wie DIE LINKE mit diesem Komplex umgeht. Nicht erst durch „Fridays for Future“ ist die Rettung des Erdenklimas auf die politische Agenda gerückt – und hat sich auf den Plätzen im Land Gehör verschafft. Mittlerweile wurde sogar ganz offiziell verfassungsrichterlich

festgestellt, dass die Bundesregierung ihre Pläne zum Umweltschutz um den Aspekt der Generationengerechtigkeit erweitern muss. Damit wird einer Forderung der protestierenden Jugend Genüge getan. Allerdings Sorge ich mich darum, dass sie mit ihrem überschießenden Engagement den Vorwurf von Arroganz und Selbstherrlichkeit einfahren wird. Aus diesem Grund wollte ich darauf verzichten, den zweifelsohne begrüßenswerten Einsatz der jungen Menschen weitergehend zu bewerten, letztlich überwiegt mein Respekt vor deren zivilem Aufstand gegenüber der Sorge, ihr Ungehorsam könnte als Ausdruck von Hochmut missverstanden werden.

Dass auch DIE LINKE die Demonstrationen von vornehmlich Schülern und Studenten begrüßt, finde ich aner kennens- und unterstützenswert. Allerdings bin ich froh darüber, dass meine Partei der „grünen“ Bewegung in einem Punkt voraus ist: Wenngleich Kanzlerkandidatin Baerbock zwar immer wieder betont, eine ökologische Wende müsse zwingend mit einem sozialen Ausgleich einhergehen, so bleibt ihre Kraft den Wählern zahlreiche Antworten schuldig:

Die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels auf Biegen und Brechen verkennt nicht nur, dass vielen Menschen selbst das geplante Energiegeld nicht ausreichen dürfte, um ihr Leben klimaneutral umzukrempeln. Viel eher fehlt es an praktischen Vorschlägen, wie beispielsweise das angepeilten Einsparpotenzial beim Strom durch die Photovoltaikanlage bei ungünstiger Dachneigung erreicht werden kann - oder was der Bürger mit Ölheizung machen soll, wenn weit und breit keine Fernwärme in Sicht ist. Ganz abgesehen vom Gehbehinderten auf dem Land, dem auch ein Studentakt des ÖPNV nicht weiterhilft...

Sie sehen, in diesen Fragen hat DIE LINKE die nüchterne Nase bei allem Zwang zum Handeln entsprechend weit vorn.

Und das wünsche ich mir künftig öfter...

Beste Grüße!

Ihr Dennis Riehle

¹ Heike Göbel (2021). „*Wer hat, der gibt*“ – *Aufforderung zur Plündererei*.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wer-hat-der-gibt-aufforderung-zur-pluenderei-17316416.html> (28.04.2021).

² Martin Greive (2019). *Umfrage: Wohlhabende befürworten Vermögensteuer – fühlen sich aber nicht verstanden*.

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/umfrage-vermoegende-befuerworten-vermoegensteuer-fuehlen-sich-aber-nicht-verstanden/25072738.html> (28.04.2021).

³ LUT 1912 – Deutsche Bibelgesellschaft (1986). *Lutherbibel 1912*. Stuttgart: Revidierte Fassung.

⁴ DIHK (2021). *Weniger deutsche Industriebetriebe planen Engagement im Ausland*. <https://www.dihk.de/de/aktuelles-und-presse/aktuelle-informationen/weniger-deutsche-industriebetriebe-planen-engagement-im-ausland-48502> (18.06.2021).

⁵ T-Online.de (o. J.). *Die besten Sprüche von Sigmar Gabriel*. https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_86420412/si_1/die-besten-sprueche-von-sigmar-gabriel.html (15.06.2021).

⁶ stern.de / AFP (2021). *Newsticker: Von der Leyen fordert nach „Sofagate“-Affäre mehr Einsatz der EU für Frauenrechte*. <https://www.stern.de/news/von-der-leyen-fordert-nach--sofagate--affaere-mehr-einsatz-der-eu-fuer-frauenrechte-30499510.html> (15.06.2021).

⁷ FR Online: Karin Dalka; Viktor Funk (2020). *Interview – Die Macht des Genderns: „Sprache wirkt sich auf unsere Gesellschaft aus“*. <https://www.fr.de/politik/sprache-gender-sternchen-gesellschaft-interview-90047574.html> (15.06.2021).

⁸ Mehr Demokratie e.V. (2020). *Grüner Parteitag streicht direkte Demokratie aus Programm*. <https://www.mehr-demokratie.de/presse/einzelansicht-pms/gruener-parteitag-streicht-direkte-demokratie-aus-programm/> (18.06.2021).

© 2021 Dennis Riehle